

BERICHTE



„Ostland“-Spuren – Eine Reise von Kiel nach Riga

Riga entwickelt sich in der Ostseeregion zu einem sommerlichen Touristenziel ersten Ranges. Viele der Besucher sind Deutsche, meist mittleren Alters. Es überwiegt der Typ des Bildungsreisenden, oft mit norddeutscher Sprachfärbung, der in der Altstadt die jahrhundertalten Zeugnisse deutschbaltischen Kultur- und Machteinflusses auf sich wirken lässt. Anziehungspunkte in der Neustadt bietet die Jugendstilarchitektur, zudem die Farbigkeit, oft Eleganz des sommerlichen Straßenlebens. Mit einem Besuch am Rigaer Strand, der „lettischen Riviera“, lässt sich das sommerliche Bildungsprogramm erfrischend abrunden.

Welche Spuren finden nun Besucher, deren geschichtliches Interesse sich weniger auf die 700 Jahre Deutschbaltenum richtet als vielmehr auf die „Ost-

land“-Zeit, also die Jahre deutscher Besatzung von 1941 – 1944? Auf welche steinernen Zeugen stoßen sie, welche Dokumente finden sie in Archiven, Bibliotheken und Museen? Was können sie darin über die Männer lesen, die Lettland kolonisieren wollten, in enger Anbindung an ihr Heimatland Schleswig-Holstein?*

Meine Lettlandreise vom August 1999 begann in Kiel, an einem beziehungsreichen Ausgangspunkt. Noch vor dem Ablegen bietet sich vom Fährschiff nach Klaipeda ein eindrucksvoller Blick über die Kieler Förde: im Vordergrund der gesprengte U-Boot-Bunker „Kilian“, im Hintergrund das Kieler Zentrum mit dem Rest des Schlosses. Seinerzeit war es der Amtssitz des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, der 1941 (zusätzlich) zum Reichskom-

Abb. 1 (links): Riga – Blick von der Petri-Kirche auf den Dom mit dem Ordensschloss

missar für das Ostland ernannt wurde. Bekanntlich sollte mit dem „Ostland“ ein weiträumiges Kolonialreich geschaffen werden, von Estland bis „Weißruthenien“. Ein Plan, der nach dem Überfall auf die Sowjetunion unmittelbar in die Tat umgesetzt wurde: auf

Wehrmacht – und Einsatzgruppe – folgten schon im Juli 1941 Lohse und weitere Vorboten eines Beamtenheeres, das später Zehntausende umfassen sollte. Ihre Aufgabe war es, deutsche Vorherrschaft, „Rechtsetzung“ und wirtschaftliche Ausbeutung dauernd zu sichern.

Einsatzgruppe und Zivilverwaltung

Klaipeda wirkt, vom einlaufenden Schiff aus betrachtet, als eindrucksvolles Tor in die baltischen Länder. In der Stadt angekommen, schwächt sich das Bild ab. Wer historische Spuren sucht, ist weitgehend auf das – sorgfältig gestaltete – „Historische Museum von Klein-Litauen“ angewiesen. Dort führt einer der Säle den Besucher in die jüngere Geschichte. Beschrieben und dokumentiert wird hier vor allem die Loslösung vom Deutschen Reich und die Angliederung an Litauen im Jahre 1923. Hitlers Ultimatum vom März 1939 und die Rückkehr in das (nunmehr Dritte) Reich werden kurz erwähnt.

Ein Foto zeigt eine Gruppe Juden, die in Vorahnung von Entrechtung und Terror das Land verlassen. War ihr Ziel das nur 100 Kilometer entfernte Liepaja (Libau) im Nachbarland? Die Stadt hatte zu dieser Zeit eine der größten jüdischen Gemeinden in Lettland und konnte, trotz antisemitischer Strömungen auch in diesem Lande, noch einigermaßen verlässlichen Schutz bieten. Heute sind Spuren gegenwärtigen und früheren jüdischen Lebens in dieser Stadt kaum noch zu finden. Hier wüteten die Einsatzgruppe A und lettische Hilfskommandos schon in den letzten

Tagen des Juni 1941 mit vernichtender Brutalität.

Die Leitung der deutschen Zivilverwaltung übernahm hier als Gebietskommissar Dr. Walter Alnor, vorher seit 1926 Landrat in Eckernförde. Eine seiner ersten Aufgaben war es, für die Juden Libaus und des Umlands ein zentrales Ghetto einzurichten. Alnor versuchte, hierfür von der Marine ein Kasernengelände außerhalb der Stadt zu gewinnen. Libau hatte damals die Ausmaße einer kleineren deutschen Kreisstadt. Wollte man das Ghetto in gebührender Entfernung vom Bürgerviertel – und vom Amtssitz des Gebietskommissars – halten, kam ein innerstädtischer Standort nicht in Frage. Offenbar blieben die Verhandlungen um die Nutzung des Kasernengeländes jedoch erfolglos. Denn schließlich musste – so zeigt ein Foto im städtischen Kunst- und Geschichtsmuseum – das Ghetto in unmittelbarer Nähe des Stadtkerns seinen Platz finden: drei Blocks von der St. Anna-Kirche entfernt.

Eine Erinnerungstafel, einen Gedenkstein sucht man heute in diesem Stadtteil vergeblich. erinnert wird dagegen an das grausame Schicksal der Libauer Ghettabewohner an anderer Stelle. Am



*Abb. 2: Hinrich Lohse und „Reichsführer“ Adolf Hitler
(großformatiges Bild im Lettischen Okkupationsmuseum)*

Strand von Skedes wurden Mitte Dezember 1941 Tausende in den Dünen erschossen und verscharrt.

In den letzten Tagen der deutschen Zivilverwaltung, ab Ende Juli 1944, war Libau für kurze Zeit auch Dienstsitz des Generalkommissars für Lettland, des früheren Lübecker Oberbürgermeisters Dr. Otto-Heinrich Drechsler. Die im Westen gelegene Hafenstadt bot sich

hierfür als Tor – jetzt aus dem „Ostland“ – an. Schon im Januar 1943 war Alnor nach Schleswig-Holstein zurückgekehrt und hatte in Kiel die Position des Generaldirektors der Landesbank übernommen. Nach dem Zusammenbruch war er zunächst als Anwalt tätig, konnte aber schon 1950 in seine ursprüngliche Funktion als Landrat zurückkehren (Kreis Segeberg, bis 1959).

Zweimal Okkupation

Zurück zur Gegenwart: Weit entschiedener als Klaipeda scheint Liepaja um ein „Stadtmarketing“ bemüht zu sein

und damit auch um Image-Prägung zur Steigerung seiner touristischen Attraktivität. Zum Gepräge der Stadt gehört

auch die Geschichte der „Okkupationszeit“. Darunter verstehen die Letten – genauer: die lettische Volksgruppe in Lande – in allererster Linie die Zeit ihrer Abhängigkeit von Moskau nach dem Verlust ihrer Selbstständigkeit, also die Jahre 1940 – 1941 und 1944 – 1991. Die Okkupation durch Nazi-Deutschland wird ebenfalls verurteilt, im lettischen Geschichtsbewusstsein aber keinesfalls in demselben Maße mit Unterdrückung und Terror verbunden. Diese Sichtweise teilen lettische Juden nicht, und auch in der großen russischen Volksgruppe herrscht ein anderes Geschichtsbild vor.

In Liepajas Tourismus-Image ist die sowjetische Marine-Basis ein wichtiges Element. Im Internet zu findende Tips (US-amerikanischer Herkunft) ermuntern die Stadtbesucher, die rostenden Atom-U-Boote im Marinehafen zu besteigen. Fotos dieser spektakulären Wracks finden sich auf der ersten Seite des vom städtischen Tourismusbüro verteilten Faltblatts.

Die Zeit der deutschen Okkupation wird – nur knapp – im Kultur- und Geschichtsmuseum behandelt. Überwiegend spiegeln die dort ausgestellten Objekte, etwa Lebensmittelkarten, den Alltag der deutschen Besatzungszeit wider. Ein kaum kommentiertes Foto zeigt Judenerschießungen bei Skedes. In der Stadtbibliothek, groß und schwach besucht, reagiert man auf die Frage nach Literatur über die deutsche Besatzungszeit bemüht, aber letztendlich ratlos.

Aus der Provinz in die Hauptstadt Riga, das ehemalige „Ostland“-Zentrum: Hier finden sich geschichtliche Spuren in unerwarteter Vielfalt. Dies

beginnt bei den steinernen Zeugen, den Gebäuden. Der Amtssitz des Reichskommissars konnte zentraler und demonstrativer nicht gewählt werden. Okkupiert wurde der Justizpalast im Zentrum der Neustadt – ein Repräsentationsbau aus der Zeit der Ulmanis-Diktatur, mit deutlichen Anklängen an NS-Bauten. Nur wenige Blocks entfernt lag der Dienstsitz des kommissarischen Oberbürgermeisters und Gebietskommissars von Riga; heute befindet sich hier die Botschaft der USA. Hugo Wittrock, seinerzeit Amtsträger, beschreibt in seinen *Erinnerungen* (Lüneburg 1979) mit erkennbarem Stolz, wie er dieses Haus – schon vor deutscher Besatzung der Sitz des Oberbürgermeisters – durch Intervention an oberster Stelle der SS abgerungen und für die Stadt Riga wiedergewonnen hat. Eine wichtige Aufgabe seiner „Kampfjahre“ sah er auch darin, den lettischen Ansprüchen auf eine umfassendere Selbstverwaltung entgegenzutreten. Die Schleswig-Holsteiner Lohse und vor allem Drechsler zeigten aus seiner – deutschbaltischen – Sicht für diese lettischen Erwartungen ein viel zu großes Verständnis.

Zwischen US-amerikanischer und Französischer Botschaft – seinerzeit Stadtwohnung des Generalkommissars – steht das 1. Städtische Gymnasium in Riga. Das Attribut „1.“ bedeutet seit jeher: erstrangig. In den „Ostland“-Jahren war es die Deutsche Oberschule, Bildungseinrichtung für die Kinder aus der Oberschicht der deutschen Okkupanten.

Die Altstadt trennen von der Neustadt nur wenige hundert Meter. Auch dort waren Amtssitze zu finden, die nicht nur verwaltungstechnischen Anforde-



Abb. 3: Das 1. Gymnasium, zwischen 1941 und 1944 die Deutsche Oberschule

rungen entsprachen, sondern vor allem auch Machtfülle und Anspruch auf kulturelle Hegemonie demonstrieren konnten. Allen voran das Ordensschloss, in dem der Reichskommissar einen Flügel belegte, nachdem der durchaus geräumige Justizpalast seine gewachsene Beamtenschar nicht mehr angemessen aufnehmen konnte. An zweiter Stelle das Finanzministerium, neben dem Justizpalast ein weiterer Repräsentationsbau der Ulmanis-Zeit in NS-gefälliger Architektur. Er stand dem Generalkommissar Drechsler und seinen Beamten zur Verfügung. Das „Ritterhaus“, vom deutschen Adel erbaut und damals wie heute Sitz des lettischen Parlaments, wurde Amtssitz des Höheren SS- und Polizeiführers Ostland (kurze Zeit Prützmann, dann Jeckeln). Und nicht zuletzt ist die Große Gilde zu nennen, heute Philharmonie: Ort für ge-

hobene NS-Kulturveranstaltungen, Sitz der Nordischen Gesellschaft in Riga und gepflegt-gastronomischer Treffpunkt für die Okkupationselite.

So weit die Amtssitze – wo aber wohnten die hohen Herren und deren Familien? Für Wittrock beantworten seine *Erinnerungen* diese Frage: im Winter in der neustädtischen Loudonstraße, im Sommer in Bilderlingshof am Rigaer Strand. An dieser „Lettischen Riviera“, in Majorenhof, von seinem Amtssitz 25 Kilometer entfernt, war auch Reichskommissar Lohse standesgemäß untergebracht. Er bezog die Villa des erfolgreichen lettischen Zeitungsverlegers Benjamins. Das Haus war frei geworden, nachdem die Ehefrau des Verlegers, Emilia Benjamins, noch in den letzten Tagen vor dem deutschen Überfall von den Russen deportiert worden war. Ihr Mann, Antons Benja-



Abb. 4: Die Benjamins-Villa am Rigaer Strand: Wohnsitz Hinrich Lohses 1941 – 1944

mins, war ein Jahr zuvor gestorben.

Die Villa, direkt am Strand gelegen, war groß und stattlich genug, um auch einen Reichsminister zu beherbergen: Rosenberg bezog dort auf seinen Dienstreisen nach Riga Quartier. Und die Zeitschrift *Ostland*, vom Reichskommissar herausgegebenes Propagandablatt für gehobene kulturelle Ansprüche, berichtet, dass auch Verwundete des Rigaer SS-Lazarett in die Villa geladen wurden. Von der im Gesundheitswesen engagierten Hausherrin sicherlich als ein Beitrag zu deren Genesung, vom Hausherrn vielleicht auch als eine Geste an die SS-Führung verstanden – zu der Lohse ein keineswegs spannungsfreies Verhältnis hatte.

Heute wird die Strandvilla wieder von Mitgliedern der Benjamins-Familie bewohnt. Zwischenzeitlich, in der Geschichte der Lettischen SSR, hatte sie

auch hohen Staatsgästen, darunter Tito, als Herberge gedient.

Die Vertreibung der Benjamins-Familie, die – der lettischen Volksgruppe zugehörig – von den Sowjets als Exponent der „Plutokratie“ in Lettland gebrandmarkt wurde, schuf Wohnraum auch für einen zweiten hohen „Ostland“-Verwalter. Drechsler bezog die Strandvilla des Benjamins-Sohns in Bilderlingshof als Sommersitz.

Die Pläne des Reichskommissars für seinen Dienst- und Wohnsitz waren ursprünglich auf ein anderes, von Majorenhof gut 20 Kilometer entferntes Objekt gerichtet. Dies berichtet der Hauptabteilungsleiter Politik des Rosenberg-Ministeriums, Otto Bräutigam, in *So hat es sich zugetragen* (Würzburg 1968). Das schlossartige Kurhaus Kemerī, heute ein „ruhendes Objekt“ eines italienischen Investors, war allerdings

schon im Juli 1941 von der Wehrmacht als Lazarett und Erholungsheim belegt worden. In der nachfolgenden Auseinandersetzung stimmte Rosenberg der Wehrmacht-Position zu: Das Prestige des Reichskommissars verlange eine standesgemäße Unterbringung in Riga, nach Möglichkeit im Schloss.

Besucher Lettlands sollten nicht er-

warten, an den genannten Gebäuden Hinweisschilder zur Nutzung während der deutschen Okkupation zu finden. Dies verbietet sich aus Gründen des Stils, oder es fügt sich nicht in den offiziellen lettischen Umgang mit der Geschichte der deutschen Besatzung. Ausdrücklich erinnern an diese Geschichte aber Gedenkstätten und Museen.

Synagogenmauern, zweckentfremdet

Die Gedenkstätten in und um Riga erinnern nicht nur, sie spiegeln selbst auch eine Geschichte des Erinnerns wider. Von den ehemals zahlreichen Synagogen Rigas steht heute nur noch eine. Vermutlich hat ihre Lage in der engen Altstadt sie davor bewahrt, von Einsatzgruppe und Helfern niedergebrannt zu werden – so wie am 4. Juli 1941 alle anderen Synagogen, mit vielen darin eingeschlossenen Opfern. Eine Gedenkstätte ist heute der ehemalige Standort der Großen Choralsynagoge. Hier, am Anfang der Gogola-Straße in der Moskauer Vorstadt, lag die Nordwestecke des Großen Ghettos – kaum 300 Meter vom Reichskommissariat entfernt. Den Riga-Besucher, der sich zunächst Alt- und Neustadt angeschaut hat, empfängt hier, gleich hinter dem Bahndamm, eine völlig andere Welt. Überwiegend düstere Holzhäuser, die Straßenschilder in russischer und lettischer Sprache, die Passanten ärmlich gekleidet, keine Spur von der Eleganz, Leichtigkeit und Le-

bensfreude auf der anderen Seite der Gleise.

Betritt der Besucher dann die Gedenkstätte, so fällt es ihm schwer, sich von dem bleiernem Eindruck des Umfeldmilieus freizumachen. Zumal die Grundmauern der ehemaligen Synagoge als Parkbank benutzt werden, Bierdosen herumliegen und die Passanten den Gedenkstein missachten, indem sie eine Abkürzung über die Rasenfläche nehmen, die das Mahnmal umgibt. Der Gedenkstein wurde erst 1988 errichtet, nachdem fast 50 Jahre lang eine Grünanlage die Spuren der Synagoge verdeckt hatte.

Vielleicht noch eindrucksvoller wirkt das zweite Mahnmal im ehemaligen Ghetto-Bereich. Auf dem Gelände des ersten jüdischen Friedhofs, nach dem Krieg in den „Park der kommunistischen Brigaden“ verwandelt, wurde 1994 ein Gedenkstein aufgestellt. Der Park trägt heute den Namen „Alter Jüdischer Friedhof“.

Verfallenes Gedenken

Erschreckend ist dagegen der Zustand der Gedenkstätte im Bikernieku-Wald. Sie soll an die Ermordung von Juden,

politischen Häftlingen und sowjetischen Kriegsgefangenen in den Jahren 1941 und 1942 erinnern. Hier fanden die

ersten organisierten Massenmorde in Riga statt, vor der Einrichtung des Ghettos. Nicht etwa weit vor den Toren der Stadt: Als Exekutionsort diente ein Waldstück im Osten, kurz hinter der Nord-Süd-Bahn, gerade 15 Autominuten vom Zentrum entfernt. Die Gedenkstätte liegt nahe einer stark befahrenen Straße – und ist für den Vorbeifahrenden als solche kaum noch wahrzunehmen. Das Eingangstor ist verrostet, zerbrochene, von der Gedenksäule abgeschlagene Steinplatten liegen herum, die Beleuchtungseinrichtung ist zerstört, die gesamte Anlage von Zweirad-(Mountainbike?)-Spuren durchfurcht.

Die Umzäunung des Rigaer Ghettos war Ende Oktober 1941 abgeschlossen. Schon in den beiden Folgemonaten wurde der größte Teil der 30.000 Insassen in zwei „Aktionen“ ermordet. Der Schreckensname Rumbula steht für diese Ereignisse, vergleichbar mit Babij Jar in der Ukraine und Ponar in Litauen. Vom Zentrum führt dorthin die Moskauer Straße. Etwa ab der Hausnummer 400 kommt dem Besucher der Ortsname Rumbula gleich mehrfach in den Blick: So ist ein Autokorso und auch ein Geschäft für Autoteile benannt. Weniger auffällig ist die Zufahrt zur Gedenkstätte, sie wird von einem dunklen Granitstein mit russischer und lettischer Aufschrift angezeigt. Von der Zufahrtsstraße zweigt schon bald ein Weg in einen Wald mit Birken und Kiefern ab; er führt nach wenigen Minuten zu den Massengräbern. Diese sind durch Rasenflächen markiert, einer der Gedenksteine trägt zusätzlich zur lettisch-russischen auch eine hebräische Aufschrift. Frank Gordon erwähnt in *Latvians and Jews between Germany*

and Russia (Stockholm 1990), dass dies dem zähen Ringen einer Gruppe lettischer Juden zu verdanken ist. Ein Gedenkstein nennt die zwei Daten der „Aktionen“ zur Räumung des Ghettos: 30. November und 8. Dezember 1941. Die Anlage wirkt gepflegt und wenig besucht.

Sie liegt in einem auffallend engen Streifen zwischen der vielbefahrenen Ausfallstraße nach Daugavpils und der parallel dazu verlaufenden Bahnlinie. Andrew Ezergailis versucht in *The Holocaust of Latvia* (Riga/Washington 1996) nachzuvollziehen, warum Jeckeln einen solchen Ort wählen konnte: kaum 100 Meter von der Straße und nur 30 Meter vom Bahndamm entfernt. Für diesen Platz sprachen in der technischen Rationalität der Massenmörder andere Gründe: die angemessene Entfernung (10 Kilometer) von Riga, die Nähe sowohl zum Rangierbahnhof Skirotava als auch zum Konzentrationslager Salaspils, der sandige Boden und die Lage deutlich oberhalb des Grundwasserspiegels.

An das Lager Salaspils, etwa 30 Kilometer von Rigas Zentrum entfernt, erinnert heute eine Gedenkstätte auf dem ehemaligen KZ-Gelände. Sie ist nach dem in sozialistischen Ländern üblichen Muster gestaltet, bezieht sich also fast ausschließlich auf das Schicksal und den Widerstand kommunistischer Lagerinsassen. Eine Überarbeitung des Gedenkstättenkonzepts – zum Gedenken auch der jüdischen Opfer, wie in Auschwitz Stammlager, Sachsenhausen oder Buchenwald – ist in Salaspils nicht erkennbar. Eindrucksvoll ist die Anlage dennoch. Sie wird beherrscht von einem riesigen Betonballen, der mit seinem linken Ende auf

dem Boden und rechts auf einem Sockel ruht – dahinter auf dem weiten Lagergelände monumentale Skulpturen. Beim Näherkommen wird an der Außenwand des Sockels eine Kette grafischer Zeitzeichen erkennbar: ein Strich pro Lagertag, abgeschlossen mit einem Sowjetstern für den Tag der Befreiung. Drinnen im Sockel finden sich Dokumente, Fotos, Zeichnungen – und eine Treppe hinauf zum langen „Gang zwischen Leben und Tod“: das Innere des Betonbalkens.

Auch in Salaspils ist der Besucher fast allein. Nimmt man für die Rückkehr nach Riga die Bahn, erreicht man (im Fahrradtempo) nach einiger Zeit die Station Rumbula – und erkennt vom Zug aus deutlich die Markierung des nächstgelegenen Massengrabs. Nach einer weiteren Viertelstunde beginnen sich die Gleise zu einem weiten Netz von Rangieranlagen zu verzweigen: Skirotava, Endstation der Deportationen von Juden aus dem Deutschen Reich.

Von dem Konzentrationslager im Rigauer Stadtgebiet, dem KZ Kaiserwald, findet der Besucher kaum noch eine Spur. Margers Vestermanis, Historiker und Begründer des Museums „Die Juden in Lettland“, schreibt in seinem

Trophäen aus Papier

Soweit die Zeugnisse in Stein – welche „Ostland“-Spuren findet der Besucher nun in Rigas Archiven, Bibliotheken und Museen? In den staatlichen Archiven fällt zunächst die von der Sowjetunion ererbte institutionelle Trennung des Bestandes auf. Es gibt ein „historisches“ Staatsarchiv für Dokumente mit ausgeprägt politischem Inhalt und

historischen Wegweiser *Juden in Riga* (Bremen 1994), dass das Lagergelände nach dem Krieg vollständig mit Wohnblocks bebaut wurde. Der Weg aus der Stadt dorthin führt an dem lettischen Heldenfriedhof vorbei, einer monumentalen und aufwendig gepflegten Anlage. Einer der vielen Gärtner, nach deutschen Soldatengräbern befragt, weist vage in Richtung der Straße. Dort finden sich dann, von einem verfallenden Bretterzaun kaum noch verdeckt, Denkmaltrümmer und zerbrochene Grabsteine mit deutscher Aufschrift. Die Reste der Anlage, die einmal an die Rückgewinnung Rigas im Mai 1919 durch die deutschbaltische Landeswehr erinnerte?

Klarer wird die Frage beantwortet, wo sich der deutsche Soldatenfriedhof des Zweiten Weltkriegs befindet. Er liegt – ganz in der Nähe der ehemaligen „Adolf-Hitler-Straße“ – am Südrand des großen deutschen „Waldfriedhofs“, der zu einer Parkanlage umgestaltet worden ist. Einige der Gräber im Park blieben offenbar bewusst erhalten, um den geschichtlichen Bezug zu wahren – ein auffälliger Gegensatz zur oben beschriebenen völligen Zerstörung des Alten Jüdischen Friedhofs.

hoher Geheimhaltungsstufe und daneben (auch örtlich benachbart) das Staatsarchiv für den weiteren Bestand. Die Aufteilung der Dokumente aus der „Ostland“-Zeit erfolgte nach weitgehend formalen Kriterien und wirkt nicht in allen Fällen plausibel. So sind SS-Akten grundsätzlich im Historischen Archiv zu finden, die Akten der deut-

schen Zivilverwaltung wie auch der lettischen Selbstverwaltung dagegen fast ausschließlich im Nachbargebäude. Gemeinsam ist ihnen, dass sie im übergreifenden Findbuch als „Trophäen“ bezeichnet werden: von den Deutschen zurückgelassene, beim Einmarsch der Roten Armee vorgefundene Akten.

„Ostland“-Akten finden sich in großer Zahl auch im Bundesarchiv in Berlin. Dort kann man erfahren, dass Dokumente politischen Inhalts vor dem Abzug weitgehend vernichtet worden sind. Insofern ist es nicht überraschend, dass die im Staatsarchiv Riga vorhandenen Unterlagen der Zivilverwaltung sich weitgehend auf alltägliches Administrieren in den Bereichen Wirtschaft, Erziehung und Gesundheit beziehen. Der Schwerpunkt ist die Nahrungsmittelversorgung der Wehrmacht, des Deutschen Reiches, der Deutschen im „Ostland“ und schließlich auch der „Einheimischen“. Das „Exportwesen“ (Ausfuhren ins Reich) hatte eine vorrangige Bedeutung. Hierin lag eine zentrale Aufgabe der Zivilverwaltung, einschließlich der gesondert geschaffenen oder eingebundenen Wirtschaftsunternehmen.

Die Dokumente lassen den bürokratischen Aufwand erahnen, den Erzeugungs- und Versorgungsplanung, Bereitstellung von Ressourcen, Ernteerfassung, Lenkung der Agroindustrie und schließlich Bereitstellung der Lager- und Transportkapazitäten verlangten. Gerade Transportprobleme werden in den Akten sehr häufig angesprochen. Man kann vermuten, dass diese Klagen über fehlende Transportkapazität helfen sollten, häufige Vorwürfe des Beauftragten für den Vierjahresplan (Göring) über unzureichende Erfüllung der Liefervorgaben

zurückzuweisen oder zu entkräften.

In der Nationalbibliothek sind die Bestandskataloge nach der Sprache gegliedert, in der die Publikationen geschrieben wurden. Der deutsche Katalog ist mindestens ebenso umfangreich wie der lettische. Er enthält Hinweise auf zahlreiche Monografien aus der und über die NS-Zeit, so diverse Schriften Rosenbergs und Hitlers, die Memoiren von Hugo Wittrock und Martin Matthiessen (*Erinnerungen*, Meldorf 1980; Letzterer war Hauptabteilungsleiter für Landwirtschaft und Wirtschaft im Reichskommissariat. Sein Namensvetter Peter Matthiessen war ebenfalls „Ostland“-Beamter, wurde 1943 kommissarischer Landrat in Eckernförde und 1955 Landrat in Itzehoe.)

Unter den Periodika finden sich die Zeitschriften *Ostland*, der *Ostland-Kalender*, der *Amtliche Anzeiger des Reichskommissars für das Ostland* und das *Amtsblatt des Generalkommissars in Riga*. Die beiden letzteren zeigen den Anspruch auf „deutsche Rechtsetzung“ bis ins kleinste Detail – mit einer Flut von Anordnungen, Erlassen, Aufrufen und Bekanntmachungen, fast ungebrochen bis zum Abzug. So wurden noch Mitte Juni 1944 Preise für neue Zigarrensorten festgelegt, unterzeichnet von Dr. Friedrich Karl Vialon, Generaldirektion der Monopole im Ostland. (Vialon war Leiter der Finanzabteilung im Reichskommissariat und ist in der Nachkriegszeit als Beispiel für die schnelle Rückkehr belasteter Beamter auf hohe Posten der Bonner Administration bekannt geworden: im Finanz- und später im Entwicklungshilfeministerium.)

In dieser Vielzahl von Vorschriften und Verlautbarungen finden sich auch

die Regelungen zur Entrechtung der Juden. Auf den ersten Blick – in Form und Diktion – heben sie sich kaum von den anderen Produkten bürokratischer Alltagsarbeit ab. Einige Beispiele aus dem *Amtsblatt des Generalkommissariats*:

- September 41: Juden können gegen die Entscheidung eines deutschen Gerichts keine Rechtsmittel einlegen.
- Oktober 41: Anordnung über die Behandlung des jüdischen Vermögens im Reichskommissariat Ostland.

„Ostland“-Spuren im Museum

Riga ist auch eine Stadt der Museen. Aus der beeindruckenden Vielfalt werden die am „Ostland“ interessierten Besucher vor allem zwei auswählen: Das Okkupationsmuseum und das Museum und Dokumentationszentrum „Die Juden in Lettland“. Beide befinden sich in Gebäuden, die selbst die Brüche der lettischen Geschichte in diesem Jahrhundert in eindrucksvoller Weise widerspiegeln.

Das Gebäude des Okkupationsmuseums entstand, nach der „Ostland“-Zeit, auf historischem baltischen Grund, in unmittelbarer Nähe des Rathausplatzes. Allerdings war dieser Platz – wie auch Rathaus, Schwarzhäupterhaus und weitere umgebende Gebäude – schon einer Grünfläche gewichen. Gewidmet wurde das neue Haus den Lettischen Schützen, den roten lettischen Verbänden, die im und nach dem Ersten Weltkrieg für die Sowjetunion im Einsatz waren. Die heutige Konstellation ist ein Spiegel geschichtlicher Brüche. Das Schwarzhäupterhaus ist fast wiederhergestellt. Der massive Betonbau des Mu-

- Oktober 41: Anordnung betr. Berufe im Gesundheitswesen: An Juden erteilte Approbationen, Abgangszeugnisse und Genehmigungen werden für ungültig erklärt.
- November 41: Anordnung betr. Anmeldung von ärztlichen und zahnärztlichen Einrichtungsgegenständen aus jüdischem Besitz.
- Juli 42: Anordnung über die Entschädigung jüdischer Arbeitskräfte im Generalbezirk Lettland: Juden erhalten selbst keinen Lohn.

seums mit der monumentalen Skulptur davor blieb äußerlich erhalten, wurde innerlich aber völlig umgestaltet. Das Thema der Dauerausstellung sind jetzt die Jahre von 1940 – 1991, mit der schon angesprochenen unterschiedlichen Gewichtung von deutscher Besatzung einerseits und Zugehörigkeit zur Sowjetunion andererseits.

Von den mehr als zwanzig Tafelwänden behandeln vier – mit lettischen und englischen Erläuterungen – die deutsche Besatzung. Sie schließen chronologisch an die vom Hitler-Stalin-Pakt ausgelösten Ereignisse der Jahre 1939 – 1941 an. Deren Darstellung endet mit einem Großfoto der brennenden Petri-Kirche (Kommentar: „...was set on fire as the German army entered Riga and the Red Army retreated“).

Gezeigt werden frisch entdeckte Gräber der Tschecha-Opfer, deutsche Kolonisierungspläne – mit den Hinweisen auf nur begrenzte Möglichkeiten zur „Assimilation“ der lettischen Bevölkerung und die Notwendigkeit ihrer „Ausscheidung“ – und eine ausführliche, den



Abb. 5: Das Lettische Okkupationsmuseum

lettischen Antisemitismus nicht ausschließende Darstellung zum Holocaust. Behandelt wird – unter einem Großfoto von Lohse – auch die „Ostland“-Administration, mit Hinweisen auf die enge Begrenzung der lettischen Selbstverwaltung, die Unterdrückung der lettischen Sprache in Literatur und Medien, die Zwangsarbeit in Deutschland, den Widerstandskampf und die Kollaboration.

Das 1990 gegründete Museum und Dokumentationszentrum „Die Juden in Lettland“ hat seinen Platz im Gebäude des jüdischen Theaters in der Neustadt gefunden. Dem genannten „Wegweiser“ des Museumsgründers Vestermanis ist zu entnehmen, dass es in den Jahren der deutschen Besatzung anfänglich als Beutesammelstelle für geraubtes jüdisches Kulturgut und später als Offiziersheim der Wehrmacht diente. Nach

1944 wurde es zum „Haus der politischen Bildung“, einer Einrichtung der lettischen KP. Erst Ende der Achtziger erstattete die Regierung das Haus zurück; es ist seit 1990 das Haus der Jüdischen Gemeinde zu Riga.

Das Museum ist klein und außerordentlich beeindruckend. Die Darstellung der deutschen Besatzungszeit ist auf einen Raum begrenzt – für den aufmerksamen Besucher eine Aufgabe von Stunden. Sehr eindringlich wird die Eskalation der Ereignisse nachgezeichnet: The death sentence – The first wave of massacres – Burning the synagogues – Marked for extermination – The extermination of jews in the provinces – Ghettoization – Brought to be killed – KZ Kaiserwald – Resistance of doomed to death. Und schließlich: Survivors accuse, eine Sammlung der mehr als zwanzig veröffentlichten Erinnerun-



Abb. 6: Riga bereitet sich auf den Tourismus vor: Wiederherrichtung des Marktplatzes mit dem Schwarzhäupterhaus

gen von Juden, die den Holocaust in Lettland überlebt haben, darunter Max Kaufmann, Jeannette Wolff, Gertrude Schneider, Josef Katz.

Häuser, Gedenkstätten, Archive, Bibliotheken, Museen: Die „Ostland“-Jahre haben in Riga nachhaltige Spuren hinterlassen. Mit vielen sind Namen von Schleswig-Holsteinern verbunden; sie sind daher Gegenstand und auch weiterhin Aufgabe schleswig-holsteinischer Zeitgeschichtsforschung. Zudem sind sie lohnende Ziele für „Bildungsreisen“. Sie bieten eine Programmerweiterung

für solche Riga-Besucher, die bislang vor allem mit dem Interesse an deutsch-baltischer Geschichte seit der „Aufseglung“ – oder auch mit familiengeschichtlichen Fragen – in die Stadt kommen. Spuren der „Ostland“-Jahre können aber auch zum eigentlichen Besuchsprogramm werden – vor allem für Gruppenreisen, die vermehrt von schleswig-holsteinischen Bildungseinrichtungen wie Schulen und Volkshochschulen und von privaten Veranstaltern angeboten werden könnten.

Hans H. Lembke

*Vgl. auch den Beitrag von Heidemarie Kugler-Weimann im Heft 30 der *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte*. Der Form des Reiseberichts entsprechend wurde auf vollständige Quellennachweise im Text verzichtet.

Bildnachweis: Alle Fotos aus Riga von Hans H. Lembke.

Abbildung 2 – Hinrich Lohse und Adolf Hitler – aus: *Latvijas Okupācijas muzejs, Latvija zem Padomju Savienības un nacionālsociālistiskās Vācijas varas 1940 – 1991 Lettland unter sowjetischer und nationalsozialistischer Herrschaft*. Riga 1998. S. 53.

Kleine Anfrage der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)
und Antwort der schleswig-holsteinischen Landesregierung
– Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur –

Jüdisches Museum, Rendsburg

1. Welchen Stellenwert hat die Dokumentation und Präsentation jüdischer Geschichte in Schleswig-Holstein für die Landesregierung?

Dass Dokumentation und Präsentation jüdischer Geschichte in Schleswig-Holstein für die Landesregierung einen sehr hohen Stellenwert haben, zeigt sich darin, dass das Jüdische Museum Rendsburg – in der Trägerschaft eines privaten Vereins, des Rendsburger Kulturkreises, stehend – institutionell mit jährlich 240.000,- DM durch die Landesregierung gefördert wird. Darüber hinaus fördert die Landesregierung die Veranstaltungsreihe der jährlichen Novembertage des Jüdischen Museums durch Projektmittel.

Die vom Nordfriesischen Institut für November 1999 vorbereitete Tagung „Jüdisches Leben und Judenverfolgung

in Friesland" wird ebenfalls aus Projektmitteln gefördert.

Ein Schwerpunkt der Forschungs- und Publikationstätigkeit des von der Landesregierung gegründeten Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig liegt auf dem Gebiet der Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein. Das von Gerhard Paul und Miriam Gillis-Carlebach 1998 herausgegebene Kompendium „Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918 – 1998)" ist mit einem erheblichen Zuschuß der Kulturstiftung Schleswig-Holstein gefördert worden.

2. Wie soll diesem Stellenwert in Zukunft Rechnung getragen werden, insbesondere im Vergleich zu jüdischen Museen in anderen Bundesländern?

Das Jüdische Museum Rendsburg ist die wichtigste lokale und regionale Dokumentationsstätte zur Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein. Es wird künftig folgende Schwerpunkte seiner Arbeit noch verstärken:

- Gedenk- und Erinnerungsstätte unter Einschluß der Präsentation von Arbeiten jüdischer Künstlerinnen und Künst-

ler aus Deutschland zu sein. Es verwirklicht diesen Anspruch auch durch regelmäßige kulturelle Veranstaltungen. - Lernort zu sein, nicht zuletzt für Jugendliche. Hier werden exemplarisch die Folgen und Auswirkungen des Rassenhasses im Allgemeinen und des Antisemitismus im besonderen verdeutlicht.

3. Ist der Landesregierung bekannt, dass ein Arbeitsvertrag für das Forschungsprojekt am IZRG über jüdische Geschichte in Schleswig-Holstein Ende 1999 ausläuft? In welchem Umfang und in welchen institutionellen Strukturen soll danach wissenschaftliche Forschung über jüdische Geschichte in Schleswig-Holstein betrieben werden?

Ja. Das IZRG wird seine Forschungs- und Publikationstätigkeit zur jüdischen Geschichte in Schleswig-Holstein unabhängig vom Auslaufen des genannten Arbeitsvertrages fortsetzen.

Das Jüdische Museum Rendsburg wurde bis 1998 vom Schleswig-Holsteini-

schen Landesmuseum, wird jetzt von der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloß Gottorf wissenschaftlich betreut. Der neue Stiftungsvorstand wird nach seinem Amtsantritt am 01.10.1999 prüfen, wie weit der Umfang dieser Betreuung intensiviert werden kann.

4. Welches Konzept verfolgt die Landesregierung bezüglich des Jüdischen Museums Rendsburg? a) in museumspädagogischer Hinsicht
b) in archivarisch-dokumentarischer Hinsicht

Träger des Jüdischen Museums Rendsburg ist seit dessen Gründung der Rendsburger Kulturkreis. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur ist im Beirat des Jüdischen Museums Rendsburg vertreten. Es unterstützt in dieser Funktion alle Bestrebungen, den historischen und kulturgeschichtlichen Teil der Dauer Ausstellung zu verstärken, die Wechselbeziehungen zwischen jüdischer Geschichte und Religion einerseits und den gezeigten Kunstwerken andererseits zu verdeutlichen und die museumspädagogische Arbeit durch Führungen auszuweiten.

Im Zusammenhang mit der bisherigen museumspädagogischen Arbeit des Jüdischen Museums Rendsburg wird am 07.11.1999 eine Ausstellung zur Spurensuche jüdischen Lebens an Hamburger Schulen mit den Ergebnissen der darauf bezogenen Projektarbeit an Rendsburger Schulen eröffnet.

Zu den Novembertagen 2000 wird im Jüdischen Museum eine in Zusammenarbeit von Prof. Paul vom IZRG und Prof. Borchardt von der Muthesius-Hochschule konzipierte Ausstellung zur Vertreibung, Emigration und Flucht der jüdischen Bevölkerung aus Schleswig-Holstein gezeigt.

5. Plant die Landesregierung die Errichtung einer zentralen Informations- und Forschungseinrichtung zur jüdischen Geschichte in Schleswig-Holstein?
a) Wenn ja, wie soll diese Stelle in das Konzept bezüglich des Jüdischen Museums Rendsburg eingebunden werden?
b) Wenn nein, warum nicht?

zu a) Im Verständnis der Landesregierung hat das Jüdische Museum Rendsburg die Funktion einer zentralen Informations- und Dokumentationsstätte zur jüdischen Geschichte in Schleswig-Hol-

stein. Wissenschaftliche Forschung betreibt das Jüdische Museum nicht. Die wichtigste Forschungseinrichtung zur jüdischen Geschichte in Schleswig-Holstein ist das IZRG. zu b) entfällt

6. Inwiefern plant die Landesregierung kurz-, mittel- und langfristig einen Ausbau des Museums? a) inhaltlich b) personell c) baulich

zu a) Vgl. die Antworten zu den Fragen 3 und 5.
zu b) und c) Die Landesregierung plant

derzeit weder einen personellen noch baulichen Ausbau des Museums.

7. Liegen Pläne vor, die Judaica-Sammlung des Museums zu erweitern?

- a) Ist die Landesregierung bereit, sich an einer Finanzierung zu beteiligen?
- b) Ist der Landesregierung bekannt, ob andere Finanzierungskonzepte in Erwägung gezogen worden könnten?
- c) Wenn ja, wie steht die Landesregierung zu diesen Konzepten?

zu a) Die Judaica-Sammlung des Jüdischen Museums Rendsburg wird laufend erweitert. Die Landesregierung ist grundsätzlich bereit, sich im Wege der Projektförderung an der Finanzierung der Sammlungsergänzung zu beteiligen. Die Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein hat im Jahr 1996 den Ankauf der Judaica-Bibliothek des Fotografen und Historikers Prof. Nachum Tim Gidai finanziert.

zu b) Verschiedene Wege von public-private-partnership könnten in Erwägung gezogen werden. Dies schließt thematisch gezielt vorgehendes Bemühen um Sponsoren ebenso ein wie eine Intensivierung der Kontakte zu privaten Erblässern und Sammlern.

zu c) Die Landesregierung wird den Träger des Jüdischen Museums beim Bemühen um neue Finanzierungskonzepte und deren Umsetzung beraten.

Nachdruck aus der Drucksache 14/2452 / Schleswig-Holsteinischer Landtag, 14. Wahlperiode, 05.10.99

Nichts Neues aus Itzehoe

Keine Umbenennung der Heinrich-Hornig-Straße

Manchmal brauchen Veränderungen viel Zeit – und einen langen Atem. Selbst 55 Jahre nach dem Ende des „Dritten Reiches“ scheint es in der schleswig-holsteinischen Provinz hier und da noch Probleme mit der Einsichtsfähigkeit zu geben, wenn örtliche Belange in Zusammenhang mit der NS-Diktatur zur Sprache kommen. Und eine Initiative des AKENS – die Benennung einer Straße nach einem örtlichen Propaganda-Dichter des Regimes öffentlich zu problematisieren (vgl. *ISHZ* 36/Oktober 1999, S. 104ff.) – traf mitten hinein in einen emotional stark aufge-

ladenen Bereich: das Verhältnis zur „Heimat“.

Rückblende: Der Itzehoer Lehrer Heinrich Hornig hat sich seit 1905 als Gelegenheitslyriker betätigt und veröffentlichte ab 1933 in größerer Zahl plattdeutsche und hochdeutsche Gedichte, in denen er Propaganda für die Nationalsozialisten machte. Seit 1964 heißt in der Stadt eine Straße nach Hornig. Mit ein paar Fragen an den Itzehoer Bürgermeister hatte der AKENS eine Diskussion um diesen Sachverhalt initiiert. Im Juni 1999 fand eine öffentliche Veranstaltung statt, auf der Pro-

und Kontra unvereinbar aufeinander prallten. Obwohl die anwesenden Bewohner der Heinrich-Hornig-Straße in einem spontan erhobenen Meinungsbild die Beibehaltung des Namens favorisierten, waren Vertreter der SPD, der Grünen sowie der Unabhängigen Wählergemeinschaft Itzehoe weiterhin für eine Umbenennung.

Und nun ist Anfang Januar eine Entscheidung gefallen. Der gültigen Kommunalentsatzung zufolge hat in Itzehoe allerdings nicht die Ratsversammlung, sondern der Schul- und Kulturausschuss über Straßennamen-Angelegenheiten zu befinden. Und da hier Sozialdemokraten und Grüne nicht die Mehrheit halten, wurde der Antrag der SPD auf Umbenennung der Heinrich-Hornig-Straße in Aaron-Rieder-Straße (in Auschwitz ermordeter Itzehoer Bürger) abgelehnt. Im Vorfeld hatte es noch eine fragwürdige Presseaktion gegeben; in einem fast ganzseitigen Artikel hatte die örtliche Redaktion der *Norddeutschen Rundschau* der Familie Hornig Gelegenheit gegeben, ein Bild des Dichters als allseits beliebter Schulmeister und Heimatdichter zu zeichnen (was er ja durchaus auch gewesen sein mag) und die kritisierten Texte in abenteuerlichen Interpretationen als harmlos darzustellen.

Inwieweit die nun getroffene Entscheidung endgültig ist, lässt sich schwer einschätzen. Vor allem Vertretern der SPD ist der Straßename nach wie vor ein Dorn im Auge, und es wurde mit dem Gedanken an eine Änderung der Kommunalordnung gespielt. Andererseits muss man ernsthaft fragen, inwieweit es sinnvoll ist, die politischen Rahmenbedingungen immer dann zu ändern, wenn sie dem eigenen Ziel im

Wege stehen. Leider hat sich die Itzehoer Öffentlichkeit herzlich wenig für diese NS-historische Altlast interessiert; kaum jemand wollte überhaupt die Texte zur Kenntnis nehmen. Aus dieser Passivität spricht letztlich eine Gleichgültigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen noch immer virulenten Nachwirkungen.

Und so hat die Initiative des AKENS zumindest für Klarheit gesorgt. Es ging und geht im Prinzip nicht darum, was ein drittklassiger Autor wie Hornig geschrieben hat – es geht um den Diskurs, um eine realistische Einschätzung, ob man in Itzehoe bereit ist, Konsequenzen aus der braunen Vergangenheit zu ziehen. Wie sehr sich einige Bürger getroffen fühlten, zeigten Wortbeiträge auf der Diskussionsveranstaltung und Leserbriefe, in denen dem AKENS sogar eine „Kampagne der Linken gegen das eigene Volk“ vorgeworfen wurde. Die Nachkommen des Schriftstellers behaupteten, die pro-nationalsozialistische Haltung Hornigs habe doch mit Ideologie nichts zu tun; alle Deutschen hätten so gedacht, Hornig habe nur wiedergegeben, was allgemein verbreitete Meinung gewesen sei. Bewertung beiseite – zumindest mit ihrer Grundeinschätzung dürften sie leider Recht haben.

Na, da habe sich der AKENS („dieser selbst gegründete Verein“, wie ihn der Dichter-Enkel aufgebracht bezeichnete) mächtig blamiert, heißt es nun hier und da in Itzehoe. Doch darüber dürfte es wohl geteilte Ansichten geben.

Nahezu gleichzeitig mit dem Beschluss über die Hornig-Straße stand die Namensfindung für ein paar neu erschlossene Straßen auf dem Programm der Itzehoer Kommunalpolitik. Man hö-

re und staune: Sie sollten nach Personen des Widerstands benannt werden... Die bereits seit längerem diskutierte Idee, Itzehoe Holocaust-Opfer auf diese Weise zu würdigen, schien schon wieder vergessen – es sollten lieber die prominenteren Widerständler und Märtyrer sein. Doch irgendwie müssen Itzehoe und Schilda wohl Nachbarorte sein, denn auf der Vorschlagsliste stand auch – Paul Schneider. Ältere Itzehoe verbinden mit diesem Namen allerdings nicht den im KZ Buchenwald ermordeten Pfarrer, sondern einen Itzehoe Fabrikanten, 1925 Mitbegründer des NSDAP-Gaues Nordmark, stellvertretender Gauleiter, Gaukulturwart, Ortsgruppenleiter in Itzehoe, zeitweise NSDAP-Kreisleiter für Steinburg. Nun, diese Benennung ließ sich noch im Vorfeld verhindern – aber wer in der Itzehoe Kommunalpolitik den Kopf darüber schüttelt, wie man eine Straße

nach einem Heimatdichter benennen konnte, ohne sich sein Werk anzuschauen, sollte vielleicht die einfache Regel beherzigen, immer erst einmal gründlicher nachzufragen, ehe man einen Namen aufs Straßenschild schreibt.

Man sieht: In Itzehoe sind in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit noch ein paar wichtige (Erkenntnis-) Schritte zu tun. Da wurde jüngst ein Gymnasium nach Sophie Scholl benannt, und auch Anne Frank, Dietrich Bonhoeffer und Oskar Schindler kommen demnächst aufs Straßenschild. Doch Heinrich Hornig soll bleiben, und die Würdigung der ermordeten oder vertriebenen Itzehoe Juden fällt wieder einmal unter den Tisch. Man heftet sich – ganz opportun – ein paar Namens-Symbole an öffentliche Gebäude und auf den Stadtplan, blendet aber ansonsten die konkrete, die eigene NS-Geschichte weiterhin aus. **Kay Dohnke**

Jüdisches Leben und Judenverfolgung in Friesland

Ein Bericht über das 4. Historiker-Treffen des Nordfriisk Instituut im Bürgerhaus Bredstedt am 13. November 1999

Laut Selbstdarstellung ist das Nordfriisk Instituut in Bredstedt als zentrale wissenschaftliche Einrichtung in Nordfriesland ‚für die Pflege, Förderung und Erforschung der friesischen Sprache, Geschichte und Kultur‘ zuständig. Dass sich das Institut neben der ‚farbigen und faszinierenden‘ Geschichte auch schonungslos brisanten Themen stellt, davon zeugt das 4. Historiker-Treffen, zu dem für den 13. November 1999 nach Bredstedt eingeladen war: Nachdem die „Friesische Freiheit“ (Oktober 1988), „Deichbau und Sturmfluten in den

Frieslanden“ (November 1991) und „AMERIFRISICA – Übersee-Auswanderung aus den Frieslanden“ (Oktober 1995) behandelt wurden, galt das Augenmerk diesmal dem „Jüdischen Leben und Judenverfolgung in Friesland“. Auf diese Weise knüpfte das Institut an die Tagung „Nationalsozialismus in Nordfriesland“ vom Januar 1983 an, einer der ersten Veranstaltungen zur NS-Zeit im nördlichen Schleswig-Holstein (siehe *ISHZ* 24/1993, S. 100ff.).

Mit rund 130 Tagungsteilnehmern war der Versammlungssaal des Bred-

stedter Bürgerhauses bis auf den letzten Platz gefüllt – ein Zeichen für das immense Interesse an jüdischer Regionalgeschichte. Dabei fiel allerdings auf, dass sich im Auditorium aus Wissenschaftlern, Laienforschern und Freunden des Instituts nur äußerst wenige junge Zuhörer befanden, obwohl besonders auch die Universitäten Flensburg und Kiel angesprochen worden waren.

Nach den vorgezogenen Grußworten Dr. Rolf-Peter Carls (für das Landesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur) und des nordfriesischen Landrats Dr. Olaf Bastian wurde in den anschließenden drei Eingangsreferaten jeweils ein Überblick zur Geschichte der Juden in Nordfriesland (D), Ostfriesland (D) und Westfriesland (NL) gegeben.

Von Bedeutung für Schleswig-Holstein ist der Beitrag von Fiete Pingel M.A. und Prof. Dr. Thomas Steensen vom Nordfriisk Instituut: *Es gab einmal Juden in Nordfriesland*. Beide berichteten von den Anfängen jüdischer Ansiedlung in Friedrichstadt 1675, das vom Gottorfer Herzog Friedrich III. mit dem Privileg religiöser Toleranz ausgestattet wurde, der Konsolidierung der Jüdischen Gemeinde in der Grachtenstadt im 18. Jahrhundert mit ihrer ersten Synagogeneinrichtung (1730) bis zur schließlichen Emanzipation der Juden im Herzogtum Schleswig 1854. Obwohl die Basis der jüdischen Gemeinde nie über 500 Mitglieder anwuchs, kam ihr – nach der lutherischen Gemeinde – doch der Rang der zweitgrößten Gemeinde zu.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geriet die Bevölkerungsstruktur in Bewegung: Während viele Friedrichstädter Juden in größere Städte des Deutschen

Reiches abwanderten, siedelten sich einzelne Juden auch in anderen Gemeinden Nordfrieslands an. Anhand von Einzelbeispielen zeichneten Pingel und Steensen Werdegänge jüdischer Geschäftsinhaber, Künstler, Kommunalpolitiker und Viehhändler um die Jahrhundertwende nach und belegten, dass diese in Nordfriesland als geachtete Bürger, ja deutsche Patrioten lebten. Dennoch fanden die antisemitischen Gedanken des Berliner Predigers Adolf Stoecker auch hier ihre Anhänger. Frühestes bekanntes Beispiel war ein Westerländer Hotel, das bereits 1908 in seiner Werbung antisemitische Ressentiments bediente.

Die unheilvolle Entwicklung nach 1933 war in Nordfriesland bereits Jahre vorher absehbar: Seit 1928 lagen die Wahlergebnisse der Nationalsozialisten rund doppelt so hoch wie im Reich. So findet sich auch hier die traurige Kette von Ereignissen wieder, an deren Anfang der Boykott vom 1. April 1933 in Friedrichstadt steht und die im Novemberpogrom 1938 in der ‚toleranten Holländerstadt‘ wie gleichfalls in Kampen und Rantum auf Sylt und in Wyk auf Föhr ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Nach der nun auch in Nordfriesland einsetzenden Phase der Abwanderung, Auswanderung und Deportation lebte nach 1945 – für wenige Jahre – nur noch ein einziger Jude in Friedrichstadt.

Zwar traf der antijüdische NS-Terror bei den meisten Nordfriesen auf keine begeisterte Zustimmung, gelegentlich sogar auf Widersetzlichkeiten, wie Thomas Steensen resümierte. Aber allein unterlassene Solidarität und ausbleibender Widerstand reichten aus, um die antisemitische Saat der Nationalsozialisten aufgehen zu lassen und jüdischen

Badegäste genauso wie eingeborene jüdische Nordfriesen zur vertreiben. Dabei konnten einzelne Verfolgte wie z. B. Karl Levy – der bis 1933 Ortsvorsteher in Rantum auf Sylt war – zusammen mit seiner Frau Clementine das „Dritte Reich“ überleben. Bemerkenswert auch der Fall von Berta Gorzka, Jüdin aus Hamburg, die von 1942 bis Kriegsende in List überlebte, ohne dass sie amtlicherseits registriert worden wäre. Aber selbst wer der NS-Vernichtung entging, litt unter dem Terror: z. B. „Husums einziger Jude“, der Glasergeselle Karl Cohn.

Nach dem Tode mehrerer Kinder und seiner Ehefrau überlebten nur er selbst und sein letzter Sohn, der an der Bredstedter Tagung als Gast teilnahm. Letztlich fielen in Nordfriesland weit mehr Menschen dem Rassenwahn zum Opfer, als gerettet wurden. 71 sind namentlich bekannt. Zum Schluss des Vortrags wiesen die Referenten darauf hin, dass lediglich ein Anfang in der Erforschung der NS-Opfergeschichte Nordfrieslands gemacht sei; die Verdrängung nach 1945 brachte es besonders in Nordfriesland mit sich, dass neuerdings einsetzende Forschung bislang nur bruchstückhaft bleiben konnte.

Aufgrund der vorgerückten Zeit wurde auf eine Diskussion mit dem Auditorium verzichtet, so dass Dr. Herbert Reyer (Stadtarchiv / Stadtbibliothek Hildesheim) mit seinem Überblick *Juden in Ostfriesland* anschloss. Früher als im schleswig-holsteinischen Nordfriesland lassen sich in Ostfriesland erste Judenansiedlungen schon für 1515 nachweisen. Bis zum 19. Jahrhundert konnten sich hier elf Synagogengemeinden etablieren. Bereits in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts nahm auch in

Ostfriesland der Antisemitismus analog mit den großen Wahlerfolgen der NSDAP zu und ebnete den Weg zur Drangsalierung jüdischer Bürger. Im Novemberpogrom 1938 wurden sechs Synagogen niedergebrannt, fünf hatten bereits vorher den Besitzer gewechselt, eine Synagoge galt als verfallen. Regionale Regierungsstellen bemühten sich eifertig, Ostfriesland bereits im April als „judenfrei“ deklarieren zu können, und lösten anfänglich eine verstärkte Binnenwanderung unter den verbliebenen Juden aus. Nach Vertreibung und Deportation, so Herbert Reyer, konnte nur noch das „Ende der 400jährigen Geschichte der Juden in Ostfriesland“ konstatiert werden.

Im anschließenden Frageteil erläuterte Reyer, dass ihm nur ein Fall auf den ostfriesischen Inseln – auf Norderney – bekannt sei, in dem ein Überleben wie auf den nordfriesischen Inseln möglich war. Auch galt die ‚friesische Tradition der Freiheit‘ nur für nichtjüdische Friesen, da die ‚Ostfriesische Landschaft‘ das ‚Führerprinzip‘ eingeführt hatte.

Nach einigen weiteren Fragen zeigte Thomas Steensen zur Orientierung noch eine Karte von Ostfriesland, danach begann Sjoerd de Haan (Rijksarchief in Frisland, Ljouwert/Leeuwarden) mit seinem einstündigen Referat *Juden in Westfriesland/Niederlande*. Im Gegensatz zu Amsterdam, das nach dem Aufstand der Niederländer gegen Spanien 1568 vom Zuzug spanischer Juden profitierte, lebten in Westfriesland eher askenasische (d.h. aus Osteuropa stammende) Juden, die erstmals schon 1531 urkundlich erwähnt wurden.

Nach einem kontinuierlichen Zuwachs der jüdischen Gemeinden bis

1874 mit insgesamt bis zu 2.235 jüdischen Einwohnern bewirkte eine dann einsetzende landwirtschaftliche Krise die Abwanderung und bis 1940 die Zusammenfassung zu vier Kleingemeinden. Wenn auch in den Niederlanden keine gegenseitige Verbrüderung zwischen Christen und Juden stattfand, wie de Haan an Beispielen aus der Chronologie aufzeigte, so begann das Finis der westfriesischen Juden mit der deutschen Besetzung 1940. Durch die in Friesland 1942 einsetzenden Deportationen kamen ca. 600 friesische Juden zu Tode, etwa 700 konnten gerettet werden. Nach 1945 war das jüdische Leben in Friesland zerrüttet, so dass heute nur noch 40 Menschen Mitglied der zusammengelegten „Jüdischen Gemeinde Friesland“ sind.

Die kurze Aussprache im Anschluss wurde durch die Frage eines durch eine Formulierung offensichtlich irritierten Zuhörers eröffnet, ob es nach de Haans Auffassung eine 'jüdische Rasse' gebe. Als dieser dies mit Nachdruck bejahte, entstand im Publikum erhebliche Unruhe. Zu Recht wies Gerhard Paul in dem entstandenen Tumult darauf hin, dass das „Jüdisch-sein“ als religiöse Haltung durchaus in keiner Weise unterscheidbar sein kann von dem „Christlich-sein“. Trotz der eklatanten Einstellung de Haans, die einmal mehr zeigte, welche unreflektierte Vorstellungen auch heute noch so manchen Wissenschaftlern beherrschen können, konnte dieser noch weitere Fragen – so z. B. zum Zustand der jüdischen Friedhöfe in Friesland – beantworten und ging auch auf die Gleichgültigkeit der Niederländer gegen die Juden zur Zeit der deutschen Besetzung ein. Nach einem Zitat Himm-

lers wären die Niederländer zwar gegen die Deutschen, hätten sich gegen die Deportation der niederländischen Juden aber nicht gewehrt. Durch die holländische Polizei hatten Niederländer an der Judenverfolgung sogar teilgehabt.

In einem kurzen Referat ging Dr. Wiebe Bergsma (Fryske Akademy, Ljouwert/Leeuwarden) vor der Mittagspause auf die *Judenbekehrung in Westfriesland im 17. Jahrhundert* ein. Er stellte dar, dass die Stellung der Juden in den Niederlanden beispiellos toleriert wurde und die auffallend milden Bekehrungsversuche der Reformierten Kirche nach 1678 wenig erfolgreich waren.

Das diesjährige Thema des Historikertreffens wurde durch ein kulturelles Rahmenprogramm begleitet: Neben einer Vitrine mit ausgestellten Judaica bot nach der Mittagspause die sechsköpfige Kieler Klezmer-Gruppe 'Di Chuzpenics', die bereits bei der Vorstellung des Buches *Menora und Hakenkreuz* in Rendsburg zu hören war, ihr Repertoire dar. Wieweit traditionelle Klezmer-Musik heutige deutsch-jüdische Kultur (noch oder wieder) repräsentiert, vermag ich nicht zu beurteilen; zumindest konnte man den Eindruck rückwärts gewandter/folkloristischer Orientierung gewinnen. Dagegen war das musikalische Können sehr beeindruckend.

Fast pünktlich konnte im Anschluss Prof. Dr. Gerhard Paul von der Bildungswissenschaftlichen Hochschule/Universität Flensburg das wissenschaftliche Programm mit dem Vortrag *Juden in Schleswig-Holstein* fortsetzen. In angekündigten elf sachlichen und einer polemischen Ausführung beabsichtigte der Referent, im Folgenden das jüdische Leben in Schleswig-Holstein nach-

zuzeichnen, soweit dies die bislang bekannte Quellenlage erlaube.

Auffallend sei eine eigenartige Dichotomie zwischen dem außerordentlich hohen NSDAP-Wählerpotential und dem sehr geringen jüdischen Bevölkerungsanteil, der in der preußischen Provinz mit 0,27% unterproportional war. Während die Präsenz jüdischer Bewohner in den Städten bereits unterdurchschnittlich war, stellte sich die Lage in Landgemeinden mit einem Mittelwert von 0,005% als noch problematischer dar. Zusätzlich unterteilte sich das jüdische Milieu abermals entlang der ethnischen Herkunft, sozialen Positionen und unterschiedlichen Glaubensdeutungen. Nur der gemeinsame Glaube fasste diese ansonsten heterogene Gruppe noch zusammen.

Um den lange vor 1933 einsetzenden strukturellen Problemen der jüdischen Minderheit entgegenzuwirken und um eine religiöse, kulturelle und soziale Betreuung gewährleisten zu können, hatten sich die Jüdischen Gemeinden 1912 (abermals 1925) zum ‚Verband Jüdischer Gemeinden Schleswig-Holsteins‘ zusammengeschlossen und wurden 1929 nochmals um die Städte Hamburg, Bremen und Lübeck erweitert. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung – trotz der hohen NSDAP-Wahlerfolge – in passivem Antisemitismus und Desinteresse verharrte, wuchs die Akzeptanz der behördlichen und parteiamtlichen antisemitischen Maßnahmen kontinuierlich. Nach Pauls Auffassung sollte die NS-Judenpolitik daher nicht primär als Ausdruck mobilisierter Ressentiments gedeutet werden, sondern als Konglomerat einer Judenfeindschaft, die durch Verordnungen und Gesetze die Unbe-

dingtheit geregelter Ordnung suggerierte und der man bereitwillig und unreflektiert Folge leistete.

Nachdem Paul die Unterschiede jüdischer Selbstwahrnehmung vor und nach 1933 im Spannungsfeld zwischen orthodoxen/zionistischen Kreisen und assimilationistisch orientierten Juden aufgezeigt hatte, ging er auf das Netzwerk von Einrichtungen jüdischer Selbstbehauptung, Hilfe und Auswanderungsvorbereitung ein, in dem auch in Schleswig-Holstein bis 1938 aktiv auf die herrschende Situation reagiert wurde, und widersprach damit einer immer noch verbreiteten Vorstellung von einer jüdischen Bevölkerung, die sich gänzlich widerstandslos habe hinhinrichten lassen.

Die Abnahme des jüdischen Bevölkerungsanteils durch Binnenwanderung und Emigration in den ersten Monaten nach der Machtübernahme Hitlers um rund ein Viertel kam 1934 nahezu wieder zum Stillstand. Zumeist ältere Juden erlagen der letztlich tödlichen Illusion, sich durch das Arrangement in dem verbliebenen jüdischen Milieu der Auswanderung entziehen zu können. Im Oktober 1938 versuchte das NS-Regime zum ersten Mal die zwangsweise Vertreibung, von der in Schleswig-Holstein und Hamburg etwa 700 „Ostjuden“ betroffen waren. Nach weiteren Maßnahmen der Entrechtung, Ausgrenzung und ‚Arisierung‘ waren seit dem September 1939 noch 1.742 Personen der NS-Rassenpolitik ausgesetzt – bis heute ist bekannt, so Paul, dass ca. 1.000 Schleswig-Holsteiner der Vernichtung zum Opfer fielen. Da Propaganda und Verfolgung nur einen bestimmten Umfang entfalten konnten, gelang in geringem Ausmaß die Rettung

einzelner Verfolgter. Gerhard Paul unterstrich, dass gerade in der schleswig-holsteinischen Provinz und besonders auf den nordfriesischen Inseln mehrere Dutzend Menschen untergetaucht überleben konnten.

Der Ausblick auf den heutigen Umgang mit der historischen Schuld, auf die der Referent im Schlusskapitel zu sprechen kam, fiel bitter aus: Gerade unter der rot-grünen schleswig-holsteinischen Landesregierung klafften Feiertagsreden und Realpolitik besonders krass auseinander. Die offizielle Kulturpolitik falle durch Ignoranz, Desinteresse und Erinnerungslosigkeit auf, wenn sie beispielsweise bei der Rückgabe der in den Magazinen der Museen verschwundenen Judaica in Lethargie ver falle oder sich nicht bereit zeige, die unter dem ‚Etikettenschwindel Jüdisches Museum‘ firmierende ehemalige Synagoge in Rendsburg zu einem zentralen Erinnerungs-, Gedenk- und Dokumentationsort auszugestalten und personell zu verstärken. In Schleswig-Holstein, so Pauls Resümee, habe man sich damit zur Schlusslaterne in der bundesdeutschen Gedenkstättenarbeit gemacht.

Da der Zeitplan des Vortrags zum Schluss beträchtlich überzogen war, fielen Aspekte der Organisation der Judenverfolgung wie auch ein Kapitel über jüdische ‚displaced persons‘ und Remigranten leider weg. Aus demselben Grunde wurde auch der spürbar gewordene Diskussionsbedarf, der hier und da im bewegten Auditorium laut wurde, in die Kaffeepause verlegt.

Trotz der dann verkürzten Pause eröffnete Prof. Dr. Dieter Lohmeier (Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel) mit leichtem Zeitverzug die

Reihe der Kurzreferate mit seinen Betrachtungen über *Die sephardische Familie Mussaphia in Tönning um 1700*. Ausgehend von der These, dass Einzelfälle exemplarisch seien, beleuchtete Lohmeier die Geschichte dieser jüdischen Familie der frühen Neuzeit, die ursprünglich vom Tabakhandel lebte und zeitweilig die Münzpächter Herzog Christian Albrechts stellte.

Dirk Warkus-Thomsen aus Selk berichtete über zwei *Jüdische Kinderheime in Wyk auf Föhr* und deren Schicksale in den dreißiger Jahren, über die man heute auf Föhr nicht gerne spreche. Bis 1939 gab es zum einen das privat geführte jüdische Ferien- und Kinderheim ‚Unter den Linden‘ der Familie Weinberg in Wyk, zum anderen das Kinderheim des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ (JFB) am Südstrand, in das seit 1927 an TBC erkrankte Kinder zur Erholung geschickt wurden. Warkus-Thomsen zeichnete sehr eindringlich die Ausgrenzung der jüdischen Badegäste auf Föhr nach. Seit 1934 galten die jüdischen Kinder zunehmend als „öffentliches Ärgernis“, vier Jahre später wurde auch hier durch Schilder bekundet: „Juden sind auf den Inseln Föhr und Amrum nicht erwünscht“.

Nachdem das Jüdische Kinderheim des JFB bereits im Juni 1938 durch ein Feuer stark beschädigt wurde, mussten die Bewohner beider Kinderheime nach der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November die Insel durch einen regelrechten Spießbrutenlauf verlassen. Beide Kinderheime wechselten im Zuge der ‚Arisierung‘ ihre Besitzer. Während Frau Weinberg mit ihrem Sohn die Judenvernichtung in Belgien überlebte, wurde Clara Simons, die Oberin des Jüdischen

Frauenbundes in Wyk, im Dezember 1941 nach Riga deportiert und gilt seitdem als ‚verschollen‘. In einer kurzen Aussprache kam es zu kontroversen Erinnerungen, so wusste beispielsweise ein älterer Herr ‚aus eigenen Erfahrungen‘ – trotz des soeben Vorgetragenen – zu berichten, dass der Antisemitismus auf Föhr ausschließlich von einem dortigen SA-Heim herrühre.

Danach fuhr Dr. Manfred Wedemeyer (Morsum) mit seinen Ausführungen über den *Antisemitismus auf Sylt* fort. Schon im 19. Jahrhundert gab es auf der traditionellen Badeinsel Sylt Hinweise darauf, dass jüdische Gäste unerwünscht waren. Erst ab 1912 verschwanden letzte antisemitische Schilder an Hotels. Seit dem 20. Jahrhundert nahmen Juden auch am öffentlichen Leben auf der Insel aktiv teil, wie Wedemeyer an einigen Beispielen aufzeigte: Der Maler Sally Katzenstein/Franz Korwan gehörte von 1907 bis 1913 der Westerländer Stadtvertretung an und setzte sich im preußischen Innenministerium für die Verleihung der Stadtrechte ein. Ein anderes Beispiel ist der Altonaer Oberrabbiner Carlebach, der 1927 unter den geladenen Gästen zur Einweihung des Hindenburgdamms zu finden ist. Dennoch ging die Sylter Inselgesellschaft nach 1933 denselben Weg wie die übrige Gesellschaft: Ab 1934/35 wurden jüdische Gäste vertrieben, ab 1938 einheimische jüdische Geschäfte zerstört, die jüdischen Bewohner vertrieben und ermordet, trotz – so Wedemeyer – des friesischen Slogans „Lieber tot als Sklave“.

Ab halb sechs referierte Dr. Claas Rieken (Nordfriisk Instituut) über *Jüdische Wissenschaftler als Erforscher*

des Friesischen und des Niederdeutschen. Von den vier Philologen und Volkskundlern, die sich um die wissenschaftliche Erforschung des Friesischen verdient gemacht haben, war nur Friedrich Salomo Krauss gläubiger Jude, während Fritz Braun, Otto Bremer und Agathe Lasch sich in ihrer nicht-jüdischen Umwelt assimiliert hatten. Nach der Vorstellung der einzelnen Biografien resümierte Rieken mit der Hypothese, dass bei den drei Wissenschaftlern, die sich national identifizierten, Merkmale von Überangepasstheit zu erkennen waren.

Das letzte Kurzreferat von Christiane Thomsen (Museum Friedrichstadt) behandelte *Friedrichstadts Umgang mit der jüdischen Vergangenheit*. Nachdem bis in die siebziger Jahre keine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit stattfand und in stadtgeschichtlichen Publikationen die Vernichtung der Jüdischen Gemeinde vielsagend verschwiegen wurde, konnte Christiane Thomsen nachweisen, dass an das Schicksal der ehemaligen jüdischen Nachbarn seit der Gründung der ‚Gesellschaft für Friedrichstädter Stadtgeschichte‘ 1971 in zahlreichen Veröffentlichungen, Initiativen und Projekten erinnert wird. So berichtete die Referentin, dass z. B. der jüdische Friedhof restauriert wurde – wenn auch nicht in korrekter Weise – und dass in der ehemaligen Synagoge, die 1990 von der Stadt erworben wurde, eine ‚Gedenk- und Kulturstätte ehemalige Synagoge‘ mit einer Dauerausstellung, Bibliothek und Archiv entstehen wird, obwohl eine endgültige Finanzierung noch nicht gesichert ist.

Nach dem Resümee von Prof. Dr.

Dieter Lohmeier, das den Gästen zu fortgeschrittener Stunde vor allem durch seine bemerkenswerte Länge in Erinnerung geblieben sein dürfte, fand die Tagung zu ihrem Ende. Das Nordfriisk Instituut stieß mit seiner diesjährigen Themenwahl auf dankbare breite Teilnahme, was nicht zuletzt in den Pausen deutlich wurde: Emotionale und zum Teil kontroverse Debatten fanden jeweils bereits vor dem Bürgerhaus statt. Besonders in Gruppen älterer Teilnehmer, die vermutlich eher zu den interessierten Zeitzeugen zählten, konnte man allerhand Selbsterlebtes aus subjektiver Perspektive aufschnappen. Es bleibt dem Institut somit hoch anzurechnen, dem Thema ‚Jüdisches Leben

und Judenverfolgung in Friesland‘ eine öffentliche Plattform geboten zu haben.

Bleibt eine Kritik zum Schluss: Auf Aussprachen wurde aufgrund äußerst knapp bemessener Zeit nur ansatzweise eingegangen, obwohl sich ein reichlicher Bedarf Bahn zu brechen versuchte. Vielleicht wäre das tiefschürfende und bewegende Thema der Judenverfolgung auf einem zweitägigen Treffen oder in engerer thematischer Eingrenzung in dieser Hinsicht mehr zu seinem Recht gekommen

Auch zum 4. Historiker-Treffen wird das Nordfriisk Instituut ein Buch mit den einzelnen Referaten veröffentlichen, das im Laufe des Jahres erscheinen soll.

Nils Hinrichsen

„Trotz aller Widrigkeiten immer Mensch bleiben“

Fritz Bringmann bekam das Bundesverdienstkreuz erster Klasse verliehen

Eine Würdigung mit Verzögerung: „Ich bin nicht darüber hinweg, daß es nicht gelungen ist, Fritz Bringmann für seine Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland den dafür gestifteten Orden zu verschaffen, weil der zuständige Bundesminister des Innern aus grundsätzlichen Erwägungen die Gegenzeichnung verweigerte [...] Hier ist ein Mann, mit dessen Ehrung Deutschland sich selbst ehren würde.“¹

Was lange währt, wird endlich gut? Am 26. Januar dieses Jahres verlieh Hamburgs Erster Bürgermeister Ortwin Runde dem ehemaligen Widerstandskämpfer und KZ-Häftling Fritz Bringmann im Hamburger Rathaus das Bundesverdienstkreuz erster Klasse. Von der Idee bis hin zur Verleihung war es ein langer Weg.

Bereits Anfang der neunziger Jahre hatte Rundes Amtsvorgänger Henning Voscherau Fritz Bringmann für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen. Mehrfach wurde das Ansinnen von den damaligen Bundesinnenministern Rudolf Seiters und Manfred Kanther abgelehnt, auch Appelle an den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl verhallten ungehört – denn Fritz Bringmann ist Kommunist. Nun endlich wurde er mit dem höchsten Orden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Wer ist Fritz Bringmann? Ein kleiner Mann, 82 Jahre alt, gebürtiger Lübecker, aufgewachsen mit Eltern und sieben Brüdern in einer sozialistischen Arbeiterfamilie. Als Jugendlicher 1935 von der Gestapo festgenommen, weil er antinazistische Parolen gemalt hatte, wur-



Fritz Bringmann (Foto: Judith Weber)

de er 1936 im KZ Sachsenhausen inhaftiert und von dort 1940 in das KZ Neuengamme überstellt. Zehn unvorstellbar lange Jahre verbrachte Fritz Bringmann in nationalsozialistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern. Stark, solidarisch, unbeugsam und konsequent widersetzte er sich den Versuchen der SS, ihn zu brechen. Er kämpfte um sein Leben und seine Integrität, um seine Kameraden und gegen das ihm so verhasste Regime. Durch den Kontakt zu politischen Mithäftlingen, die den jungen Mann stärkten und ihm zu Vorbildern wurden, begann seine lebenslange Treue zum Kommunismus. Mehrfach sah Fritz Bringmann dem Tod ins Auge, verweigerte sogar offen einen SS-Befehl zur Tötung von Kameraden. Als ich ihn einmal fragte, wie er dazu den Mut aufgebracht habe, sagte er nur: „Ulli, ich hätte gar nicht weiter leben können, wenn ich einen

Kameraden getötet hätte. Ich hätte mir damit selbst das Leben genommen!“ – So einfach ist das?

Und so ist Fritz Bringmann bis heute: konsequent, solidarisch, ungebrochen und unermüdlich. Noch im hohen Alter kämpft er für das, was ihm wichtig ist: Gegen Neofaschismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Für eine würdige Gedenkstätte im ehemaligen KZ Neuengamme. Gegen das Vergessen. Gegen Schweigen und Wegsehen. Und für Menschenrechte. Besonders wichtig ist ihm die Arbeit mit Jugendlichen. Wer ihn einmal dabei erlebt hat, wird es nie wieder vergessen – scheinbar mühelos zieht er die Schülerinnen und Schüler in seinen Bann, erzählt aus seinem Leben, von seinen Überzeugungen und Auffassungen. Aber er lässt den jungen Menschen Raum, überwältigt sie nicht mit seinem Alter und seinen Erfahrungen, nimmt sie und ihre Meinungen ernst. Wer allerdings auf die Idee kommt, Fritz Bringmann zu siezen, wird sofort eines Besseren belehrt. „Ich heiße Fritz. Wir duzen uns hier.“ – So einfach ist das.

Nach seiner Befreiung musste sich Fritz Bringmann zunächst eine Existenz aufbauen. Unterstützt wurde er dabei wiederum von seinen Eltern und Brüdern – die alle die Verfolgung überlebt hatten. Er gründete eine eigene Familie, leitete mit seiner Frau Alice unter anderem viele Jahre lang ein Freizeitheim für ehemalige Widerstandskämpfer in Holm-Seppensen und arbeitete als Landesgeschäftsführer der VVN in Schleswig-Holstein. Bis heute ist er in der „Amicale Internationale KZ Neuengamme“ aktiv, dem internationalen Zusammenschluss der ehemaligen politi-

schen Häftlinge des Konzentrationslagers Neuengamme – lange Jahre als Generalsekretär, heute als Vizepräsident. Und im deutschen Zweig der Amicale, der „Arbeitsgemeinschaft Neuengamme“, arbeitet Fritz Bringmann bis heute als Erster Vorsitzender gegen das Vergessen und vor allem für eine Verlegung der Strafanstalten vom Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers.

Auch in der jungen Nachkriegs-Bundesrepublik wurde Fritz Bringmann aufgrund seiner Unbeugsamkeit weiter verfolgt – weil er konsequent auch jetzt bestehende Missstände anprangerte, und weil er Kommunist blieb. Jahrzehntlang behandelte man ihn als „persona non grata“. Das ist nun – 55 Jahre nach Kriegsende und der Befreiung vom Nationalsozialismus – anders geworden. Bereits 1993 verlieh ihm Hamburgs Erster Bürgermeister Henning Voscherau die „Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes“. 1995 bekam er von Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis die „Ehrennadel des Landes Schleswig-Holstein“ überreicht. In seiner Vaterstadt Lübeck steht seit 1999 eine Gedenkstele für seine Familie: seine Eltern und Brüder, ohne deren Liebe, Unterstützung und eigenes politisches Engagement gegen das NS-Regime Fritz Bringmanns Kampf so nicht möglich gewesen wäre.

Und nun – endlich – auch das Bundesverdienstkreuz. Lange hat Fritz Bringmann überlegt, ob er es nehmen würde,

sollte es ihm denn angeboten werden; auch deshalb, weil bisher nicht nur integre Persönlichkeiten im Sinne Fritz Bringmanns mit diesem Orden ausgezeichnet wurden, sondern gerade in den ersten Nachkriegsjahrzehnten häufig auch ehemalige Nationalsozialisten.

Verdient hat Fritz Bringmann diese Auszeichnung sicher mehr als die meisten. Und die Hände, aus denen er es am 26. Januar entgegennahm, sind integre Hände. Es gibt Menschen, aus deren Händen Fritz Bringmann das Bundesverdienstkreuz nicht entgegengenommen hätte – so einfach ist das.

Den Ausschlag, das Bundesverdienstkreuz zu akzeptieren, gab aber die Entscheidung der Freien und Hansestadt Hamburg, endlich – nach über 50 Jahren – zum 1. Januar 2003 die seit 1948 in dem ehemaligen Häftlingslager befindliche Strafanstalt XII zu verlegen und so den Weg für die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte ohne Strafanstalten frei zu machen. Spät, aber vielleicht nicht zu spät. Ein großer Wunsch von Fritz Bringmann ist es, am ehemaligen Ort der Unterdrückung einen Lernort zu schaffen, an dem Jung und Alt sich mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzen können. Der Weg zur Erfüllung seines Wunsches ist kürzer geworden.

„Vor ein paar Jahren noch hätte ich diesen Orden abgelehnt“, sagte Fritz Bringmann bei der Verleihung – so einfach ist das.

Ulrike Jensen

1. Henning Voscherau 1998 anlässlich Fritz Bringmanns 80. Geburtstag in der Festschrift „Trotz aller Widrigkeiten immer Mensch bleiben“, herausgegeben von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hamburg 1998).

Die Euthanasiegeschichte der ehemaligen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein – ein Forschungsprojekt

Zur Fragestellung

Euthanasia (griechisch, erstmals im 5. Jahrhundert v. Chr. belegt) bezeichnet im hellenistischen und römischen Sprachgebrauch ein leichtes und schmerzloses Sterben. Zu Unrecht wurde dieser Begriff von den Nationalsozialisten zur Vernichtung lebensunwerten Lebens verwendet, denn Hitlers Euthanasieprogramm beinhaltete die bewusste Tötung missgebildeter, geistig und psychisch kranker sowie im Wertesystem des NS sozial unproduktiver Menschen.

Im Rahmen eines einjährigen Arbeitsprojektes hat das „Ostseezentrum für seelische Gesundheit“ der Fachklinik Neustadt – ehemalige Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein – die Referentin mit der Erforschung der Euthanasieverbrechen ihrer Anstalt während des Nationalsozialismus beauftragt. Seit einem halben Jahr wird diese Thematik bearbeitet. In den folgenden Ausführungen erfolgt die Beschreibung des Forschungsprojektes und eine Vorausschau einiger Ergebnisse der wissenschaftlichen Tätigkeit.

Die Aktionen zur Umsetzung der Euthanasie vollzogen sich weitgehend parallel, aber voneinander getrennt. Das Grundprinzip war so angelegt, dass Tarnorganisationen innerhalb der Kanzlei des Führers – also einer parteiamtlichen Institution – eingerichtet wurden. Diesen Organisationen arbeitete der bereits vorhandene Verwaltungsapparat zu.

Die „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“ organisierte den Transport von großen Gruppen geistig

behinderter und psychisch kranker Menschen von den Heilanstalten, oft nach Aufhalten in „Zwischenanstalten“, zu den Tötungsanstalten. In der Zeit von 1940 bis August 1941 – die erste Phase der Euthanasie – gab es sechs solcher Anstalten: Grafeneck bei Reutlingen, Zuchthaus Brandenburg, Bernburg, Hadamar, Hartheim bei Linz und Sonnenstein in Pirna. Die geistig Behinderten wurden mit Giftgas ermordet. Der Sitz der „Reichsarbeitsgemeinschaft“ befand sich in der Tiergartenstraße 4 (T4) in Berlin, und die Aktion erhielt den Namen „T4-Aktion“.

Zeitgleich mit den Giftgastötungen von geistig behinderten und psychisch kranken Menschen fand, ebenfalls von Berlin zentral gesteuert, die Planung und Durchführung der Kindereuthanasie statt. Die Tarnorganisation der Kindereuthanasie erhielt die Bezeichnung „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“. Für die Schaffung kriegsnotwendiger Lazaretträume wurden einzelne Anstalten geräumt. Die Verlegung von Geisteskranken in Verbindung mit der Errichtung von Ausweichkrankenhäusern erhielt die Bezeichnung „Aktion Brandt“, benannt nach dem Bevollmächtigten für das Sanitäts- und Gesundheitswesen Karl Brandt.

Es ist festzustellen: Welche Formen der Euthanasie, in den oben beschriebenen Aktionen, fanden in der Neustädter Anstalt in der Zeit von 1933 bis 1945 Anwendung?

Zur Quellenerfassung

Folgende Bestände des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs (LAS) in Schleswig, die für die Erforschung der regionalen Euthanasiegeschichte dieser und anderer Heil- und Pflegeanstalten unerlässlich sind, wurden durchgearbeitet:

- Abt. 301, Akten des Oberpräsidenten
- Abt. 309, Akten des Regierungspräsidenten
- Abt. 329, Kreisärzte und Kreismedizinalämter
- Abt. 405, anonymisiertes Exemplar Kreisärzte/Kreismedizinalämter
- Abt. 351, Verfahrensakten der Generalstaatsanwaltschaft gegen Heyde/Sawade
- Abt. 352, Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Strafsache gegen Dr. Grabow
- Abt. 371, Akten des Provinzialverbandes, Träger der Heilanstalt bis 1945/46
- Abt. 377, Akten der Heilanstalt Neu-

stadt in Holstein

- Abt. 611, Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
- Abt. 761, Bestände des Sozialministeriums, Berufsgerichtliche Untersuchungsverfahren gegen Heyde/Sawade.

Die ehemalige Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein, das heutige „Ostseezentrum für seelische Gesundheit“, besitzt aus der NS-Zeit Aufnahme- und Ausgangsbücher, Sterbebücher und Personalregister (chronologisch nicht vollständig), diverse Personalakten und 135 Krankenakten. Die Auswertung der eingesehenen Dokumente und Akten ist nicht abgeschlossen, detaillierte Angaben und Schicksale einzelner Patienten, Mitwisserschaft von Ärzten und Pflegern, Auswertung von Fragmenten vereinzelter Wirtschaftspläne etc. sind in der Vorbereitungsphase.

Geschichtlicher Abriss der Neustädter Anstalt

Am 1. Oktober 1893 wurde auf dem ehemaligen Areal einer Zuckerfabrik die Pflegeanstalt Neustadt, als Domizil für angeborene Geisteskranke, eröffnet. Als Filiale der älteren Anstalt in Schleswig-Holstein, Schleswig-Stadtfeld, für unheilbare Geisteskranke gedacht, entwickelte sich Neustadt zu einer allen Ansprüchen gerecht werdenen Einrichtung. Die Anstaltsdirektion erhielt sogar das Recht, aus der Umgebung direkt aufnehmen zu können.

Im Frühjahr 1905 erfolgte die Umbenennung in „Provinzial-Irrenanstalt“, durch Beschluss des Provinzial-Land-

tags vom 27. März 1914 in „Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt“. Aus der Pflegeanstalt hoffnungslos Unheilbarer wurde eine Anstalt zur Pflege und Behandlung heilbarer Geisteskranker. Die Zeit des Nationalsozialismus unterbrach diese positive Entwicklung.

Heute gehört das „Ostseezentrum für seelische Gesundheit“ zur Fachklinik Neustadt, ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und am Ende einer mehr als hundertjährigen Geschichte wieder für die Pflege und Förderung geistig Behinderter offen.

Vorläufige Ergebnisse

– Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses

Nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN) von 1933 konnten geistig Behinderte zwangssterilisiert werden. Diese Ermächtigung steht mit dem Euthanasieprogramm nicht in Verbindung, verfolgt aber die gleiche NS-Politik, eine utopische Gesellschaft – gesund am Geist und Körper – hervorzubringen. In der ehemaligen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein sind die notwendigen chirurgischen Eingriffe für den Kreis Oldenburg vorgenommen worden.¹

– „T4-Aktion“

Für die ehemalige Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein sind zwei T4-Transporte nachweislich.² Am 20. Mai 1941 wurden 139 Personen direkt zu der Tötungsanstalt Bernburg gebracht; alle sind am gleichen Tag durch Gas ermordet worden. Am 13. Juni 1941 wurden 93 Personen über die Zwischenanstalt Königslutter nach Bernburg transportiert. Alle Patienten sind durch Gas ums Leben gekommen.

– „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“

Eine Kinderfachabteilung hat es in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein nicht gegeben. Ende 1941 wurde auf dem Hesterberg-Gelände in Schleswig eine Kinderfachabtei-

lung eröffnet.

– „Aktion Brandt“

Die Neustädter „Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt“ wurde im Herbst 1941 zum Ausweichkrankenhaus für die Provinz Schleswig-Holstein, insbesondere für die Stadt Kiel bestimmt. Geistig behinderte Patienten mussten verlegt werden, um für die Kriegsverletzten Raum zu schaffen. Ca. 850 Neustädter Kranke sind in dem Zeitraum von September 1941 bis Mai 1944 in die verschiedensten Anstalten des Deutschen Reiches transportiert worden: Sorau, Branitz, Neuruppin, Schleswig-Stadtfeld, Hamburg/KZ-Neuengamme und Meseritz/Obrwalde.³

Nach einem im Rahmen der Untersuchung angefertigten Erhebungsbogen wurden die noch heute im „Ostseezentrum für seelische Gesundheit“ vorhandenen 125 Krankenakten aus der Zeit von 1933 bis 1945 nach folgenden Kriterien bearbeitet: Nationalität, Schicht, Beruf, Rassenzugehörigkeit, Einweiser, Aufenthalt, Diagnose der Ärzte, Entlassungsort und Sterilisation. Aus der Auswertung dieser Daten kann ein Überblick über das Geschehen in der Anstalt gewonnen werden.

Nach Auswertung aller Akten, Dokumente und Unterlagen ist eine Veröffentlichung dieser Ergebnisse geplant.

Marija van Zijverden

1. LAS, Abt. 405/Nr. 47-53

2. LAS, Abt. 352/Nr. 943/Bd. 2

3. LAS, Abt. 352/Nr. 943/Bd. 1

Fotos, Abbildungen und deren Nachweise

Matthias Schartls Monografie *Rote Fahnen über Flensburg* (vgl. die Rezension auf S. 120) kann u. a. durch die Verwendung von zahlreichen, teils bemerkenswerten Dokumenten- und Fotoabbildungen gefallen. Da die Art der Bildnachweise mitunter problematisierungswürdig ist, soll der Band hier als Ausgangspunkt für eine Gedankenkette dienen.

An mehreren Stellen (u. a. S. 128, 166, 178) werden bei Schartl Abbildungen aus der Sekundärliteratur wieder verwendet, und der jeweilige Bildnachweis nennt die Fundstelle in der Sekundärliteratur – einen Aufsatz des Autors dieses Beitrages. Nimmt man diesen Text dann zur Hand, könnte – sofern dort hoffentlich richtig genannt – die Herkunft geklärt werden (zumeist waren dies Fundstellen im Bundesarchiv/Berlin). Schartls Nachweis scheint formal – und inhaltlich – den Anforderungen an einen überprüfbaren Bildnachweis zu genügen. Doch was wäre z. B., wenn die zuständige Referentin im Bundesarchiv Schartls Band liest und Bildnachweise wie „Pusch, Staatsbürgerschaft, S. 31“ sieht, aber genau weiß, dass die Fotos aus dem Bestand des Bundesarchivs kommen?

Sie wird es sicher nicht persönlich nehmen. Doch was wäre gewesen, wenn jemand z. B. ein Foto aus Privatbesitz mit der Nennung der Quelle publiziert und die Bildgeberin später in einem anderen Band ihr Privatfoto mit dem Bildnachweis „Pusch, Staatsbürgerschaft, ...“ findet? Sie wäre wahrscheinlich zunächst einmal sauer auf den Pusch, weil sie vermuten würde, er habe ihr

privates Familienbild quasi vereinnahmt.

Und auch die dritte Variante ist problematisch: Nennt jemand, der ein Bild aus einer anderen Publikation übernimmt, nur die Originalquelle, suggeriert er oder sie damit, eben diese Quellen auch gesichtet zu haben. Was aber oft nicht der Fall ist. Bleibt eigentlich nur die Möglichkeit, sowohl den Fundort eines Bildes in einer Publikation als auch dessen Liegeort in einem Archiv oder einer Sammlung anzugeben.

Die Verwendung von historischen Fotos als Quelle ist ein hoch problematisches Thema. Die „Enthüllungen“ um eine fehlerhafte Verwendung von Fotos als Quelle, Illustration oder gar Beweis in der Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* hat einmal mehr die Aufmerksamkeit auf die hoch brisante Verwendung von Fotos als Quelle und als Illustration historischer Beschreibung gerichtet. Ute Wrocklage hat in einem Beitrag für die *Frankfurter Rundschau* („Links stark beschnitten. Nach der Wehrmachtausstellung: Fotografie & Quellenkritik“, *FR* 17.11.1999; vgl. den *Pressespiegel* S. 144f.) in bemerkenswert knapper und präziser Weise den Finger auf den wunden Punkt gelegt.

Abbildungen dienen einer Publikation nicht nur als Reproduktion einer historischen Quelle; als Illustration dienen sie insbesondere ästhetischen Gesichtspunkten, der Gestaltung, also der Auflockerung des Gesamttextes, um eine bessere und womöglich leichtere Lesbarkeit zu erreichen. Einer ausgesprochen textlastigen Wissenschaft wie der Geschichte soll so zu einer breiteren

Rezeption verholten werden. Wie sehr dies tatsächlich funktioniert, vermag man daran abzuschätzen, wie man selbst ein bisher unbekanntes Buch in die Hand nimmt und durchblättert. Danach gefragt, würde man als WissenschaftlerIn pflichtschuldig behaupten, zunächst Gliederung, Anhang, Literatur- und Quellenverzeichnis und ähnlich „dröge“ Rubriken sich angeschaut zu haben. Abhängig vom Berufsstatus kommt dann vielleicht die Frage nach dem Preis. Enthält ein Band aber Abbildungen, wird das Auge jedoch bei „Bildern“ im weitesten Sinne hängen bleiben. Diese Bildfixierung führt z. B. dazu, dass wir treffsicher Druckfehler in Überschriften oder Abweichungen vom Druckbild beim bloßen Durchblättern erkennen. Natürlich ist auch mein Bücherregal voll mit hochwissenschaftlichen Büchern, die noch nicht einmal auf dem Deckblatt eine Abbildung haben.

Als HistorikerIn ist man geradezu empfänglich für Abbildungen, und ihre bloße Verwendung allein erfreut – und so unterliegt man schnell der Suggestionskraft von „Bildern“. Und mit dieser Suggestionskraft „arbeitet“ man auch: Wann immer man feststellt, dass als Text abgefasste Sachargumente nicht ausreichen, rüstet man optisch auf. Dies war Chance und Fallstrick der sogenannten „Wehrmachtausstellung“ zugleich.

Doch das ist nur die eine Seite der hier annotierten Problematik. Kaum eine Quelle suggeriert als Dokument eine so hohe Authentizität wie ein Foto, sieht man einmal von den „laufenden Bildern“ ab. Ob man als „ausgebildeter Historiker“ sich hiervon freischwimmen kann, wage ich zu bezweifeln – denn

zur Erlangung eines Magisterabschlusses etwa an der Universität Göttingen ist nach wie vor das Latinum eine unumgängliche Voraussetzung – einen Leistungsnachweis über „Fotos als Quelle“ braucht man aber auch 150 Jahre nach Erfindung der Fotografie und 15.000 Jahre nach der Entstehung der abbildenden Darstellung nicht abzulegen.

Wer je versucht hat, Bildunterschriften unter eine Abbildung zu setzen, wird die Problematik dieser Bildverwendung erfahren haben. Eine der Standardlösungen des schwierigen, zumeist unbewussten Umgangs mit Fotos ist ein schlicht fehlender Bildnachweis und eine ausbleibende Bildunterschrift. Alle, die einmal ehrenamtlich an einer Zeitung oder Zeitschrift gearbeitet haben, ein Flugblatt formulierten oder redaktionell mit einem Text befasst waren, werden die Erfahrung gemacht haben, dass irgendwo etwas fehlte, vergessen wurde, schlicht zu kurz kam. Nur: Warum sind es gerade die Abbildungen und Fotos, die – werden die Verantwortlichen darauf angesprochen – so häufig Anlass zu nachträglichem und aufrichtigem Bedauern geben?

Zwar ist es sehr erfreulich, wenn die geäußert Kritik – hier anlässlich der Übernahme des Titelbildes der *ISHZ* Nr. 35/April 1999) in der *Enough Is Enough* (Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein, Nr. 8, August/September 1999, S. 10) – prompt mit einer Entschuldigung („technisches Versehen“, „Formate... Rechner... Drucker“ etc.) beantwortet wird, doch warum löst der unterbliebene Bildnachweis eines Fotos oder einer Abbildung in einer Publikation nicht den gleichen Reflex



Enough is enough!

Nr. 9
Nov./Jan. '99/'00

5,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

Titelseite der Enough Is Enough Nr. 9

aus wie z. B. ein tropfender Wasserhahn, ein Fußnotenzeichen ohne Text, ein Rechtschreibfehler im Titel eines Aufsatzes oder ein von außen steckender Wohnungsschlüssel?

Das Problem ist keineswegs auf nicht-professionelle Medienprodukte beschränkt. Nur ein Beispiel aus dem Alltag als Fernsehkonsument: Die ARD-Reihe *Heimatfront* (Sendeplätze vor den Tagesthemen jeweils an Donnerstagen im Januar und Februar 2000) zeigte in der Sendefolge „Terror“ Fotos und Filmausschnitte parallel zu einem aus dem Off gesprochenen Text, der die Einrichtung der Produktionsstätten im Zusammenhang mit dem Konzentrationslager Auschwitz beschrieb. Zumindest eines der in diesem Moment präsentierten Fotos zeigte aber den Einsatzort von Häftlingen des KZ Neuengamme am Neuengammer Hausdeich, etwa in Höhe des heutigen Spar-Marktes!

Die Verwendung von eindeutig als Spielszenen zu erkennenden historischen Episoden in den Produktionen von Guido Knopp im ZDF scheint mir genauso wenig – oder sehr – manipulativ zu sein wie die beliebige Präsentation von Fotos aus Neuengamme zum Text „Produktionsstätten für synthetische Rohstoffe in Auschwitz“. Wo bleibt ein publizistischer und fachwissenschaftlicher Ehrenkodex für die Verwendung von „Bildern“ zur Illustration? Warum lässt man sich bei vorhandenen Rechtschreibschwächen „formale Defizite“ attestieren, welche gleichbedeutend mit „Unwissenschaftlichkeit“ aufgefasst werden sollen, und warum wird ARD-RedakteurInnen nicht das Gehalt gekürzt, wenn solche Fehler geschehen?

Zurück zum entschuldigenden fehlenden

Abbildungsnachweise in der *Enough Is Enough* (Nr. 8). Ich möchte die nächste Entschuldigung gar nicht hören. Das nun angesprochene Problem könnte noch weit gravierender sein und ließe sich nicht mit ‚technischem Versehen‘, ‚Formate... Rechner... Drucker‘ etc. erklären. Die Titelbildmontage von Nr. 9 (November/Januar '99/00) liefert den Anlass. Wieder ist das Thema „Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeit“ ein zentrales Anliegen der Ausgabe. Für eine ausführliche Bildbeschreibung der Titelbildmontage fehlt mir leider gerade etwas die Zeit...! (typisch!, s.o.). Ganz knapp: Das etwa $\frac{3}{4}$ der Montagefläche ausmachende Foto zeigt zwei Frauen, die an einem Montagetisch arbeiten. In der Bildmontage ist nur von der Frau im Vordergrund ein Gesichtsausdruck zu erkennen. Auf ihrem Pulli (sic!) ist der rechteckig umrahmte Aufnäher „OST“ zu erkennen. Einen Bildnachweis zur Montage oder Urheberschaft der Montage selbst sucht man in der Ausgabe vergebens.

Meint die Redaktion, hier gäbe es eine eindeutige Botschaft, Assoziation oder Aussage des Bildes? Wie würde sich z. B. die Interpretation und Assoziationkette des Bildes verändern, wenn man feststellte, dass dieses Bildmotiv ein NS-Propagandafoto (!) war, welches zur Anwerbung von „Fremdarbeitern“ dienen sollte und qualifizierte, saubere, menschliche Arbeitswelten versinnbildlichen wollte? Wie wäre die Montage einzuschätzen, wenn die Redaktion genau davon ausgehen würde, und wie, wenn dies nicht Kenntnisstand der Redaktion wäre, aber vielleicht von den RezipientInnen? Wie wären Bild und Montage aufzufassen, wenn hier

seitens des/der GestalterIn eine Zwangslage, die der Zwangsarbeit in der Kriegswirtschaft, thematisiert werden sollte – allerdings mittels eines NS-Propagandabildes, welches die angeblich angenehmen und fairen Arbeitsbedingungen zeigen sollte?

Abschließend als Trost in all der Verwirrung ein Blick auf das Standardwerk zum Thema: Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Auslän-*

der-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches (Bonn 1985, hier 2. Auflage 1986). Auch hier fehlt ein Bildnachweis zum Titelfoto. Im ganzen Band von 494 Seiten gibt es nicht ein weiteres Foto. Wer keine Abbildungen liefert, macht auch nichts falsch...

Für zahlreiche Anregungen möchte ich mich bei Oliver Doetzer (Göttingen) und Frank Omland (Hamburg) bedanken.

Thomas Pusch

„Schankkonzessionen“ als besondere Quellengruppe zur Erforschung der Zwangsarbeit (1939 – 1945)

In Schleswig-Holstein sind anscheinend – vielleicht auch nur scheinbar – nur noch sehr wenige Quellen bekannt, aus denen direkt Erkenntnisse über den Aufenthalt und die Lebensumstände von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern gewonnen werden können. So behauptet z. B. die Presseabteilung des Kieler Werftunternehmens HDW – als Rechtsnachfolger der Werft Deutschen Werke – seit Jahren, dass die Firma für die Zeit vor 1945 so gut wie kein Archivgut besitze. Dieses sei teilweise bei Bombenangriffen zerstört, über die Engländer als Besatzungsmacht nach London verbracht worden oder vielleicht sogar in Moskau gelandet.¹ Deshalb fehlt es den Historikerinnen und Historikern im Allgemeinen an Akten, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Verwaltung von Zwangsarbeitern (beispielsweise durch deren Erfassung, Vermittlung an Arbeitgeber, Krankmeldung, Urlaubsgesuch, Strafanzeige etc.) angefallen sind. Und wenn derartige Bestände vorhanden sind, ergibt sich immer noch das Problem der

Zugänglichkeit (etwa zu Unterlagen der Einwohnermelde- und der Standesämter).

Aufgrund dieser Situation wird dasjenige Schriftgut um so wichtiger, das indirekt im Zusammenhang mit dem Einsatz von ausländischen Arbeitskräften in der NS-Zeit entstanden und 1945 einer Vernichtung weitgehend entgangen ist: Dazu zählen u. a. die so genannten Schankkonzessionen, also die behördlichen Genehmigungen zum Ausschank von Getränken in den Kantinen der Zwangsarbeiterlager. Gemäß den Bestimmungen des Gaststättengesetzes von 1930 war auch jeder Betreiber eines „Wohnlagers für ausländische Arbeiter“ verpflichtet, sich den geplanten Kantinenbetrieb vom jeweiligen Landratsamt (als zuständiger Kreispolizeibehörde) genehmigen zu lassen.

Die Deutsche Werke Werft in Kiel (DWK) wickelte diesen Vorgang aufgrund der großen Anzahl firmeneigener Lager mit viel Routine ab. Für das Lager in Wattenbek (Kreis Rendsburg) wurde so ein Antrag am 30. Januar 1942

gestellt.² Der Landrat erhielt dazu von der DWK jeweils in fünffacher Ausfertigung u. a. einen maßstabgetreuen Lageplan des Lagergeländes mit allen Wohnbaracken einschließlich Nebengebäuden, Splittergräben, Feuerlöschteich und Luftschutzbeobachtungsturm, einen zentimetergenauen Grundriss und eine Seitenansicht der Wirtschaftsbaracke, in der die Kantine untergebracht werden sollte.

Mit diesen Unterlagen versorgte der Landrat dann den Bürgermeister der jeweiligen Gemeinde, in der das Lager errichtet worden war, den zuständigen Amtsvorsteher als örtliche Polizeibehörde, die entsprechende Kreisgruppe der Wirtschaftskammer Nordmark des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, die Deutsche Arbeitsfront (DAF) in Kiel (Abteilung Fremdenverkehr) und das jeweilige Kreisjugendamt. Alle diese Personen und Institutionen wurden um eine Stellungnahme zum geplanten Kantinenbetrieb ersucht. Im weiteren Verlauf des Verfahrens wurde auch noch der Regierungspräsident in Schleswig informiert und um seine Zustimmung gebeten.³

Da im Fall des Wattenbeker Lagers keine schwerwiegenden Bedenken geäußert wurden, erteilte der Landrat der DWK am 4. März 1942 „die Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft und zwar zum Ausschank von Flaschenbier und alkoholfreien Getränken“. Der nachträgliche Hinweis der DWK, dass

der Kantinenbetrieb mit „keinerlei gewinnbringendem Zweck“ verbunden sei, veranlasste den Landrat, auch noch von der bereits festgesetzten Schank-erlaubnissteuer in Höhe von 250 RM Abstand zu nehmen.

Außer den Kenntnissen über den Aufbau des Lagers ergeben sich aus dem Schriftverkehr auch noch mancherlei andere Informationen: Für Wattenbek wurde deutlich, dass zukünftig „ausser dem Lagerpersonal 300 ausländische Arbeiter untergebracht“ werden sollten. Im Januar 1942 war das Lager aber erst „von 150 Spaniern belegt“. Derartige Konzessionsanträge der DWK liegen auch für das Lager in Boksee und die beiden Lager in Raisdorf (Karkamp und Rosensee) vor.⁴ Die Plöner Landratsakten enthalten darüber hinaus entsprechende Anträge für das Gemeinschaftslager Elmschenhagen-Ost, das von der Baugesellschaft Kiel betrieben wurde, und für das Lager Neudorf bei Hohwacht, das für die Feinmechanischen Werke Kiel-Neumühlen von der Norddeutschen Baugemeinschaft aus Lütjenburg – unter strenger Geheimhaltung – errichtet oder umgebaut wurde.⁵

Obwohl es sich hier nur um stichprobenartige Funde handelt, ist doch anzunehmen, dass es im Landesarchiv in Schleswig in den Landratsakten der übrigen Kreise (Abt. 320) ebenfalls noch derartige Konzessionsakten gibt.

Uwe Fentsahm

1. Der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit von HDW telefonisch und in einem Brief vom 4. März 1994 an den Verfasser.

2. LAS Abt. 320 RD ungeordnet, Bündel 37, Nr. 905.

3. Es müsste noch geklärt werden, inwieweit diese Vorgänge im LAS in den Beständen des Regierungspräsidenten (Abt. 301) überliefert sind.

4. LAS Abt. 320 Plön, Nr. 3012, 3223 und 3224. 5. LAS Abt. 320 Plön, Nr. 3078 und 3137.

„Vertretung fremder Interessen“

So lautet die Bezeichnung eines Archivbestandes, auf den mich das Internationale Rote Kreuz aufmerksam machte, als ich im Rahmen eines Schulprojektes Unterlagen über ein Kriegsgefangenenlager in Stobs in Schottland suchte. Schüler/innen befanden sich auf den Spuren eines im Ersten Weltkrieg dort inhaftierten Todenbüttler Marinesoldaten.

Das Internationale Rote Kreuz verwies uns an das Schweizerische Bundesarchiv in Bern, das für unser damaliges Thema leider keine Informationen besaß. Nach Abschluss des Projektes klärte ich den Inhalt des Bestandes ab, stellte jedoch fest, dass trotz des Umfangs keine unmittelbaren Bestände für Schleswig-Holstein überliefert sind. Inwieweit in den Unterlagen für andere Bundesländer Querverweise nach Schleswig-Holstein deuten, muss hier ungeklärt bleiben. Interessant dürfte der Bestand trotzdem für alle diejenigen sein, die sich mit der Geschichte des Kriegsgefangenenwesens im Zweiten Weltkrieg befassen.

In dem Bestand E 2200.Berlin -/3 „K.G.F. – Lager“ des Bundesarchivs befinden sich Berichte – es dürfte sich um Besuchsberichte handeln – aus insgesamt 143 Kriegsgefangenenlagern und Arbeitskommandos. Aus dem Norden Deutschlands liegen beispielsweise Unterlagen betreffend das Marlag Milag Nord, Dulag Nord Wilhelmshaven, Arbeitskommando Bremen-Farge, Sandbostel oder das Stalag XI B Fallingbostel vor. Teilweise existieren unter der Archivnummer auch Materialien, die über den reinen Bereich der Kriegsgefangenenlager hinausgehen. Halle-Prison, Gefängnis Waldheim, Mauthausen und Buchenwald lauten einige weitere Stichworte.

Die Anschrift des Archives, dessen Mitarbeiter sehr zuvorkommend und hilfsbereit sind, lautet:

Schweizerisches Bundesarchiv
Archivstrasse 24
CH-3003 Bern

Rolf Schwarz